

# Für Brandenburg.



Landtagswahlprogramm  
Brandenburg 1994

**SPD**

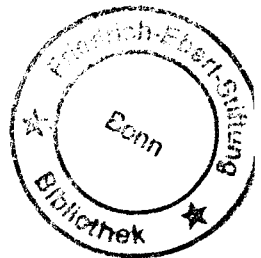
A 95 - 00119

 **Impressum**

Herausgeber: SPD-Landesverband Brandenburg  
Friedrich-Ebert-Straße 61, 14469 Potsdam, Telefon 0331/220 30  
Bürgertelefon: 0130/86 72 90  
Redaktion: Jok Christen, Martin Gorholt  
Gestaltung: Büro Bellot, Berlin  
Fotos: dpa, R. Melis, *Ullstein Bilderdienst*  
Druck: Druckhaus Schmergow  
Auflage: 20.000  
Stand: April 1994

## ■ Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> von Manfred Stolpe	2
<b>Brandenburg ist auf dem Weg</b>	4
<b>Arbeitsplätze sichern und neue schaffen!</b>	7
durch die Entwicklung der eigenen Wirtschaftskraft	
durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik	
<b>Entwicklung des ländlichen Raumes</b>	16
der Brandenburger Weg in die Landwirtschaft	
<b>Bezahlbares Wohnen</b>	21
das Recht auf Wohnung verwirklichen	
<b>Innerer Frieden, Innere Sicherheit</b>	26
eine Aufgabe für alle	
<b>Umwelt und Natur</b>	29
Lebensgrundlagen auf Dauer sichern	
<b>Verkehrsplanung statt Verkehrschaos</b>	35
für eine gesteuerte Verkehrsentwicklung	
<b>Wissenschaft, Forschung und Technologie</b>	38
Investitionen in die Zukunft	
<b>Soziales, Gesundheit, Familie und Senioren</b>	41
für ein sicheres soziales Fundament	
<b>Bildung und Schule</b>	46
mehr als nur Lernen	
<b>Kinder und Jugendliche</b>	51
eine Zukunft in Brandenburg	
<b>Sport</b>	55
Gesundheit, Lebensfreude und Leistung	
<b>Frauen in Brandenburg</b>	57
ohne Frauenförderung keine Gleichstellung	
<b>Kein Selbstzweck: Staat und Verwaltung</b>	60
den Bürgern Brandenburgs zu Diensten	
<b>Ausländer und Deutsche</b>	62
Fremde und Heimat – nicht nur ein deutsches Thema	
<b>Kulturelles Leben</b>	64
Identität in der Vielfalt fördern	
<b>Brandenburg und Berlin</b>	67
gemeinsam ins nächste Jahrtausend	
<b>Stichwortverzeichnis</b>	70



A 95 - 00119

## **Liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger!**

*Am 11. September 1994 werden wir zum zweiten Mal in freier und geheimer Wahl über die Zusammensetzung des Brandenburger Landtages bestimmen. Die ersten 4 Jahre parlamentarischer Arbeit waren spannende und anstrengende Jahre. Brandenburg war das einzige der neuen Bundesländer, in dem die Sozialdemokraten die Möglichkeit hatten, in Regierungsverantwortung den Neuaufbau mitzubestimmen. Wir haben diese Aufgabe angenommen und sichtbare Erfolge erzielt. Auch wenn nicht alle Probleme des Systemwechsels so schnell gelöst werden konnten, wie wir uns das gewünscht haben, konnten wir politische Schwerpunkte sichtbar werden lassen. Damit haben wir den Grundstein für einen eigenständigen Brandenburger Weg gelegt. Die Sozialdemokraten haben in Brandenburg eine Politik verfolgt, die sich gegenüber Reformen aufgeschlossen gezeigt hat, die aber auch die Erfahrungen der Menschen in Ostdeutschland nicht verleugnet. Auf diesem Weg wollen wir weiterarbeiten. Mit dem vorliegenden Landtagswahlprogramm beschreiben wir unseren Weg in die Zukunft unseres Bundeslandes an der Schwelle zum Jahr 2000. Wir Sozialdemokraten werden den Bürgern Brandenburgs keine unrealistischen Versprechen machen. Wir wollen den Menschen sagen, was geht und was nicht.*

*Die Menschen sind in den vergangenen Jahren schon zu oft enttäuscht worden. Doch wir haben auch Grund zum Optimismus: Die schwierigsten Jahre liegen hinter uns und wir können – wenn wir unsere Anstrengungen auf die wichtigsten Aufgaben konzentrieren – aus der Talsohle herauskommen.*

*Die wichtigste Aufgabe bleibt dabei für uns die Belebung der Wirtschaft und die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Für einen wirtschaftlichen Aufschwung kann die Politik nur die Rahmenbedingungen setzen. Sie kann die Infrastruktur verbessern helfen und unser Land damit attraktiver für Investoren machen. Diese Aufgabe werden wir mit Nachdruck weiterverfolgen. Neuansiedlungen sind wichtig. Genauso wichtig ist aber auch die Unterstützung der vorhandenen und bereits neuentstandenen Unternehmen. Sozialdemokraten werden darum auch weiterhin in Brandenburg mit vollem Einsatz um den Erhalt jedes einzelnen*



**Manfred Stolpe**  
**Ministerpräsident des Landes**  
**Brandenburg**

*Arbeitsplatzes kämpfen. Wir wollen dazu auch die Mittel einer aktiven Arbeitsmarktpolitik nutzen und fortentwickeln. Dies ist notwendig, um wieder mehr Menschen eine Chance am Arbeitsmarkt zu eröffnen und die um sich greifende Resignation zu bekämpfen. Unser Ziel ist es, die Arbeitslosigkeit in Brandenburg in der kommenden Legislaturperiode auf unter 10 Prozent zu verringern.*

*Einen weiteren Schwerpunkt setzen wir in einer aktiven Wohnungsbaupolitik. In den vergangenen Jahren ist es uns gelungen, den nach der Wende völlig zusammengebrochenen Wohnungsbau wiederzubeleben. Wir wollen in der kommenden Legislaturperiode gewährleisten, daß in Brandenburg jährlich 12.000 neue Wohnungen entstehen.*

*Unser dritter Schwerpunkt bleibt die Erhöhung der inneren Sicherheit. Nach der Wende ist in ganz Ostdeutschland die Kriminalität drastisch angestiegen. Dies ist eine Herausforderung für die Politik. Wir haben die Polizei in den vergangenen Jahren kontinuierlich personell verstärkt. Unser Ziel ist es, den Revier- und Streifendienst auf mindestens ein Verhältnis von einem Polizisten auf 5.000 Einwohner aufzustocken.*

*Die Brandenburger Sozialdemokraten haben sich in den vergangenen Jahren zu einer Partei entwickelt, die mit unverwechselbaren Konturen Partei ergreift für die Menschen unseres Bundeslandes. Dies wird auch mit diesem Landtagswahlprogramm deutlich. Das Programm ist im Dialog mit vielen Organisationen und Verbänden, Brandenburgerinnen und Brandenburgern entstanden. Wir sind offen für weitere Anregungen und hoffen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes, dieses Programm in die Wirklichkeit umsetzen zu können.*

Mit freundlichen Grüßen

*Manfred Stolpe*

## **Brandenburg ist auf dem Weg**

**D**ie vergangenen Jahre seit der Wende waren schwierig und kompliziert. Der gemeinsame Wiederaufbau, der jähe Wechsel von der Plan- zur Marktwirtschaft, von der Einparteiherrschaft zum Aufbau einer Demokratie haben den Menschen in Brandenburg eine Menge abverlangt.

Für jeden von uns hat sich vieles verändert – mehr als wir gedacht haben. Nicht alles ist besser geworden. Viele Menschen haben ihren Arbeitsplatz verloren. Es sind weniger neue Arbeitsplätze geschaffen worden als verloren gegangen sind. Das hat viele Menschen enttäuscht und verbittert. Wir in Brandenburg haben Alternativen zur verfehlten Bonner Wirtschafts- und Sozialpolitik entwickelt. Mit unserer Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik haben wir im Rahmen unserer Möglichkeiten der wachsenden Ausgrenzung von Menschen entgegengewirkt.

Wir haben die Herausforderungen angenommen und nicht resigniert. Trotz aller Schwierigkeiten haben wir gute Fundamente gelegt, auf denen wir jetzt aufbauen können. Wir haben längst nicht alle Probleme gelöst, aber wir haben mit Engagement und Ideenreichtum gezeigt, daß wir selbstbewußt genug sind, neue Lösungswege zu entwickeln und auch umzusetzen.

Wir Brandenburger haben demonstriert, daß es einen eigenen ost-deutschen Weg – jenseits der bloßen Kopie westdeutscher Erfahrungen – geben kann. Die Menschen haben in den Jahren vor der Wende durchaus Bewahrenswertes geschaffen, das erhalten werden muß – in unserem Denken und Fühlen, aber auch in unserem Alltagsleben. Wir haben uns dem Neuen nicht verschlossen, Erhaltenswertes aber auch bewahrt.

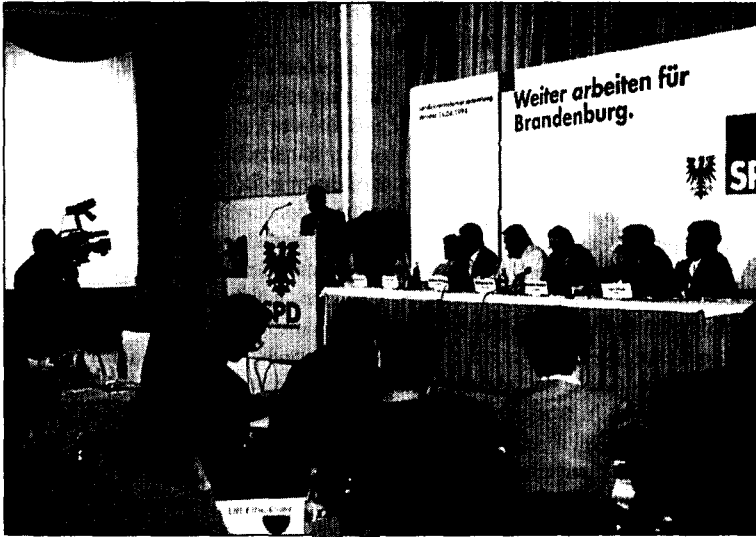
Das Land Brandenburg hat wieder einen Namen – weit über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus.

Wir wollen Brandenburg eine gute Zukunft schaffen. Wir wollen, daß in allen Lebensbereichen wieder mehr Sicherheit einkehrt. Die Menschen haben einen Anspruch darauf, daß nach den Jahren des rasanten Wandels wieder Verlässlichkeit ihr Leben bestimmt. Deshalb arbeiten wir für sichere Arbeitsplätze und Wohnungen und bekämpfen entschlossen die Kriminalität.

Für uns Sozialdemokraten ist klar:

Mehr Sicherheit wird es nur geben, wenn Solidarität und Gerechtigkeit Grundlagen unserer Politik bleiben. Unser Weg ist eine Politik gemeinsam mit allen Bürgern und Bürgern. Unsere Leitlinien heißen dabei Kontinuität und Reform:

Was sich bewährt hat, muß erhalten bleiben, was nicht mehr den Anforderungen der Zeit entspricht, muß sich einer Reform unterziehen. Reformen müssen wohl abgewogene Schritte sein, die erst umgesetzt werden, wenn eine breite Diskussion mit allen Betroffenen geführt worden ist. Darum ist uns auch Ihre Meinung wichtig!



**Die Landesvertreterversammlung  
in Werder beschließt das Wahlprogramm.**

Wir in Brandenburg haben in den vergangenen Jahren eine Kultur der Toleranz entwickelt. Politik heißt für uns nicht, sich auf Erreichtem auszuruhen, sondern besser zu werden, neue Ideen aufzugreifen, schnellstmöglich Entscheidungen herbeizuführen und konsequent in die Praxis umzusetzen.

Drei Ziele stehen im Vordergrund:

1. Jede und jeder muß die Möglichkeit erhalten, durch Arbeit den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. Wir wollen, daß die Menschen in Brandenburg etwas leisten können. Deshalb wollen wir dafür arbeiten, daß unser Land wieder ein bedeutender Wirtschaftsstandort wird. Unsere Chancen sind nicht schlecht: Die Region Brandenburg-Berlin liegt im Zentrum Europas und wird zunehmend interessanter für Investoren aus aller Welt. Wir werden diese Chance nutzen.

2. Wir wollen allen Brandenburgerinnen und Brandenburgern ein gesichertes Lebensumfeld schaffen: Wir setzen uns für eine Verbesserung der Wohnsituation ein und wollen unsere Umwelt erhalten und verbessern. Wir haben in den letzten Jahren unter schwierigen Bedingungen schon einiges erreicht. Wir haben den Wohnungsbau sichtbar in Gang gebracht. Das muß und wird weiter gehen. Die neugeschaffenen Wohnungen müssen nicht nur von hoher Qualität sein, sondern auch bezahlbar bleiben. Deshalb wird der soziale Wohnungsbau weiter vorangetrieben.  
Unser Lebensumfeld endet nicht vor der eigenen Haustür. Wir werden uns darum kümmern, daß die schlimmen ökologischen Folgen der rücksichtslosen Wirtschaftsweise der DDR Schritt für Schritt beseitigt werden und wirtschaftlicher Aufschwung nicht auf Kosten unserer natürlichen Lebensgrundlagen erkaufte wird. Wir wissen, daß eine gute ökonomische Zukunft nicht auf Kosten, sondern nur im Einklang mit ökologischen Erfordernissen zu erreichen ist.
3. Wir werden auch in Zukunft dafür arbeiten, daß der Staat die Sicherheit der Menschen besser gewährleistet. Wir wissen, daß Innere Sicherheit nicht allein durch mehr Polizei garantiert werden kann. Deshalb wollen wir gemeinsam mit allen Bürgerinnen und Bürgern in Brandenburg dafür wirken, daß in einem Klima der gegenseitigen Verantwortung mehr Rücksichtnahme möglich wird. Wir wollen mehr Bürgersinn und Eigenverantwortlichkeit wecken. Unser Ziel ist eine Bürgergesellschaft, in der jeder seine Verantwortung für die Mitmenschen wahrnimmt.

Brandenburg hat eine große Tradition. Wir wollen die Zukunft mit allen Menschen gestalten. Wir haben keine Patentrezepte, sondern Vorschläge, in welche Richtung unser Land Brandenburg an der Schwelle zum nächsten Jahrhundert gehen soll.



# Arbeitsplätze sichern und neue schaffen!

## durch die Entwicklung der eigenen Wirtschaftskraft durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik

**Z**ur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit betreiben wir eine aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Wir bleiben dabei aber Realisten. Wir können heute nicht versprechen, daß es in Brandenburg bald keine Arbeitslosigkeit mehr gibt. Arbeitslosigkeit ist ein die Grenzen Brandenburgs übersteigendes Problem, sie kann hier nur regional bekämpft werden. Eine von der SPD geführte Landesregierung wird einen größtmöglichen Beitrag zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen leisten.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen wird zur Aufgabe Nummer 1 der Landesregierung. Brandenburg wird weiterhin neue Wege in der Verzahnung von Wirtschafts-, Infrastruktur- und Arbeitsmarktpolitik gehen.

## Eine moderne Wirtschaft

**B**randenburg liegt in der Mitte Europas und hat darum gute Aussichten, ein bedeutendes Drehkreuz der europäischen Wirtschaft zu werden. 6 Millionen Menschen in der Region Brandenburg-Berlin sind ein vielversprechendes Absatz- und Arbeitskräftepotential. Brandenburg hat große Zukunftschancen, Wachstumsraum Nummer 1 in Deutschland zu werden. Um diese Zukunftschance zu verwirklichen, brauchen wir eine Wirtschafts-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik für unser Bundesland, die die unterschiedlichen Interessen ausgleicht und zu einer Kooperation aller Akteure – der Arbeitsämter, der Kammern, der Kommunen, der Verbände, der Unternehmer, der Betriebsräte, der Gewerkschaften und der Qualifizierungs- und Wissenschaftseinrichtungen – beiträgt. Dieser Interessenausgleich ist unabdingbar, um die potentielle wirtschaftliche Kraft unseres Landes zum Wohl der Menschen zu entfalten.

Um den wirtschaftlichen Aufschwung Brandenburgs zu beschleunigen, werden wir Sozialdemokraten in den kommenden Jahren unsere aktive Wirtschafts-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik, die auch die Entwicklung und den Einsatz neuer, innovativer Instrumentarien verlangt, fortsetzen. Eine enge **wirtschafts-politische Verzahnung** der Bundesländer **Brandenburg und Berlin** ist unverzichtbar.

**D**ie reale Arbeitslosigkeit von 40% in den ostdeutschen Bundesländern kann ohne industriellen Neuaufbau nicht nachhaltig reduziert werden. Notwendig für die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern ist deshalb ein umfassendes **Re-Industrialisierungsprogramm**. Dessen Ziele sind die Schaffung eines modernen industriellen Sektors durch eine sektorale und regionale Strukturpolitik, die weitere Entwicklung der ostdeutschen Unternehmerschaft, die Schaffung zukunftsträchtiger Industriearbeitsplätze und in deren Folge von Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor.

Wir werden gezielt das **wirtschaftliche Eigenpotential** in Brandenburg weiterentwickeln. Dazu zählt vor allem:

- Sonderförderung der Bildung von Produktivvermögen durch Unterstützung bei der Eigenkapitalausstattung bei Management-buy-out, neugegründeten Klein- und Mittelbetrieben, insbesondere von Genossenschaften
- Konsolidierung von Existenzgründern, insbesondere durch Beratung bei Management und Vermarktung.

Verstärkte öffentliche Investitionen zur Verbesserung der Infrastruktur sind unerlässlich. Mit der Kreisgebietsreform ist die notwendige Grundlage für eine **regionale Strukturpolitik** gelegt worden. Regionale Strukturentwicklung vollzieht sich im Dialog zwischen der Region und der Landesregierung. Aktive regionale Strukturpolitik heißt: Formulierung der Entwicklungsziele für die Region, Profilierung der Industriestandorte, Entwicklung der drei Euroregionen in Brandenburg, Entwicklung der Potentiale im ländlichen Raum, Umwandlung und Umnutzung bisheriger militärischer Objekte, Ausbau der Wirtschafts- und Arbeitsförderung. Aufgabenschwerpunkte für die Abstimmung zwischen den Regionen und der Landesregierung sind die Koordinierung der Förderprogramme, die Dezentralisierung der Umsetzung der Förderprogramme, die gezielte Unterstützung arbeitsmarktpolitisch besonders betroffener Regionen und landesweit wirkende Initiativen wie z.B. Standortmarketing, Erschließung kostengünstiger Gewerberäume, Technologietransfer und Unterstützung des Exports.

Die Sicherung und Modernisierung aller wettbewerbsfähigen **industriellen Kerne** in Brandenburg hat Vorrang. Dies schließt sowohl bereits privatisierte, aber auch noch in Treuhandverwaltung befindliche industrielle Betriebe ein.

Die Entwicklung funktionierender Wirtschaftsstandorte ist in Brandenburg nur durch das Zusammenwirken der Regionen, des Landes, des Bundes und der Europäischen Union möglich.

Standortpolitik verbindet Wirtschaftspolitik, Infrastrukturpolitik und Arbeitsmarktpolitik. Wir setzen auf **integrierte Standortentwicklung**. Durch regionale und sektorale Strukturpolitik können sowohl harte als auch weiche Standortfaktoren in der Region verbessert werden: Qualifizierung von Arbeitskräften und Personal, Infrastruktur, Forschungs- und Entwicklungspotential, Absatzmöglichkeiten, industriell nutzbare Flächen. Bereits ausgewiesene regionale Entwicklungszentren und Standorte mit besonderem Handlungsbedarf in der Infrastruktur sind vorrangig zu entwickeln.

Die Wirtschaftspolitik des Landes muß den **Strukturwandel** in den Branchen aktiv unterstützen. Z.B. im Maschinenbau, in der Elektrotechnik und Elektronik, dem Fahrzeugbau, der chemischen Industrie, der Stahlindustrie und der Textilindustrie müssen innovative Prozesse in den Unternehmen durch eine aktive Forschungs- und Entwicklungspolitik des Landes unterstützt werden. Es bedarf einer gezielten und koordinierten Ansiedlungspolitik; der Bereitstellung von (möglichst schon industriell genutzten) Flächen zu günstigen Konditionen durch die Treuhandliegenschaftsgesellschaft bzw. durch das Land. Neben der Förderpolitik spielt der Ausbau betriebsnaher Weiterbildung eine wichtige Rolle.

**D**ie **Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen** ist integraler Bestandteil der Wirtschaftsförderung. Gegenwärtig entstehen neue Arbeitsplätze fast ausschließlich in kleineren und mittleren Unternehmen. Zum Schutz der Gewerberaummieter ist ein Bundesgesetz erforderlich, das einen besseren Kündigungsschutz, langfristige Mietverträge sowie eine Begrenzung der Gewerberaummieten vorsieht. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, daß Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe für die Bezuschussung von Gewerbe- und Handwerkerzentren bereitgestellt werden. In allen größeren Städten wollen wir Handwerkergeräthewerbehöfe einrichten.

Die vorhandenen Finanzierungsinstrumente, um den Aufbau kleinerer und mittlerer Unternehmen zu fördern, sind effizienter und überschaubarer zu gestalten, um der Verwaltung schnellere Entscheidungen zu ermöglichen. Dazu ist es erforderlich, das Förderinstrumentarium und das Antragsverfahren zu vereinfachen und die Antragswege zu verkürzen. Darüber hinaus wollen wir ein Liquiditätshilfeprogramm einrichten, um kurzfristig in finanzielle Schwierigkeiten geratene kleinere und mittlere wettbewerbsfähige Unternehmen zu unterstützen.

Das öffentliche Auftragswesen ist weiterhin so zu gestalten, daß möglichst Brandenburgern Firmen den Zuschlag erhalten. Förderprogramme sind vor allem an den Bedürfnissen von Existenzgründern zu orientieren und zügiger umzusetzen. Die Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze bildet den Maßstab für zu bewilligende Mittel.

Absatzförderung sollte insbesondere geleistet werden durch:

- Kooperationsförderung zu osteuropäischen Unternehmen
- Informations- und Beratungshilfe bei der Erschließung der Westmärkte
- gezielte Absatzförderung für ostdeutsche Produkte und Dienstleistungen.

Die offenen Vermögensfragen sind nach wie vor das Haupthindernis für die weitere Stärkung des Mittelstandes. Die **Investitionsvorrangregelung** muß konsequent umgesetzt werden.

**F**orschung und Entwicklung sind wesentlich für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung. Durch verfehlte Treuhand-Politik sind im Rahmen der Privatisierung in großem Umfang Forschungs- und Entwicklungskapazitäten abgebaut und damit die funktionale Eigenständigkeit der ostdeutschen Wirtschaft zerstört worden. Die SPD im Land Brandenburg befürwortet die Fortentwicklung der „Technologieinitiative Brandenburg“. Wir plädieren für die Erweiterung der Funktion von Technologiezentren in regionale Technologie- und Innovationszentren (RITZ).

Die Hochschulen des Landes haben eine herausragende Funktion bei der Ausbildung von hochqualifizierten Fachkräften und für den Transfer von Know how in traditionell strukturschwache Regionen unseres Landes. Sie bilden damit eine wesentliche Grundlage zur Förderung eines aktiven Strukturwandels. Neben der Förderung von Investitionen in der industrienahen Forschung, der Entwicklung neuer exportfähiger Produkte und neuer Herstellungsverfahren und deren Umsetzung in die Produktion wollen wir zusätzliche Hilfen, z. B. Bürgschaften, zur Umsetzung von Forschungsergebnissen für kleine und mittlere Unternehmen geben.

Von öffentlichen Aufträgen für Pilotprojekte gehen wichtige Impulse für die Entwicklung wirtschaftsnaher Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen aus. In den Bereichen Nah- und Regionalverkehr, Energiegewinnung, Umweltsanierung und Kommunikation sollen entsprechende Vorhaben konzipiert und vorrangig an brandenburgische Unternehmen vergeben werden.

**E**ine funktionierende und attraktive **Infrastruktur** ist eine grundlegende Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung. Zur Verbesserung der Infrastruktur setzt die SPD im Land Brandenburg folgende Schwerpunkte:

- Verstärkung des Wohnungsbaus
- Instandsetzung und verkehrssicherer Ausbau der vorhandenen Verkehrswege; Erweiterung des Verkehrsnetzes in infrastrukturell unterentwickelten Regionen
- zügige Umsetzung des „Regionalbahnkonzeptes Brandenburg“.

**A**ls starke wachsende Branche kann der **Tourismus** in vielen Teilen Brandenburgs eine wirtschaftliche Kraft werden, die viele neue Arbeitsplätze schafft. Wesentliche Grundlage einer funktionierenden Tourismuswirtschaft ist ein ausgewogenes Bettenangebot mit einem guten Preis-/Leistungsverhältnis. Noch ist die Nachfrage oftmals höher als das Angebot, insbesondere im unteren und mittleren Preisbereich. Die Investitionsförderung muß deshalb verstärkt ausgerichtet werden auf:

- Gebiete mit vorhandener touristischer Infrastruktur
- Betriebe mit einem Angebot von mindestens 60 Zimmern und einem umfassenderen touristischen Konzept
- ein spezielles Privatvermieterprogramm
- Koordination mit der Infrastrukturförderung.

Der Großteil der im Tourismus in Brandenburg Beschäftigten kommt aus fachfremden Bereichen. Deshalb kommt hier der Weiterbildung eine große Bedeutung zu.

Effektives Tourismusmarketing erfordert ein Handeln nach marktwirtschaftlichen Regeln. Die bisher von verschiedenen Ministerien bearbeiteten unterschiedlichen Bereiche des Tourismus müssen mit klaren Zuständigkeiten und Strukturen zusammengefaßt werden. In den Bereichen Tourismusförderung und Marketing bedarf es ebenfalls einer konzeptionellen und organisatorischen Vereinheitlichung bei den verantwortlich Handelnden.



**Touristen im Spreewald**

**D**ie Sicherung der **Lausitzer Braunkohleförderung** hat für das Land Brandenburg hohe Priorität. Dies dient der Versorgungssicherheit der Wirtschaft und sichert Arbeitsplätze in der Lausitz.

Die Lausitzer Braunkohle ist sowohl in Großkraftwerken als auch in dezentralen Energieversorgungsanlagen zu nutzen. Der gesicherte Absatz von Braunkohle für die nächsten Jahrzehnte ist das Fundament für den Umbau der Lausitz. Der Einsatz ostdeutscher Braunkohle muß fester Bestandteil der **Energieversorgung** der Bundesrepublik werden. Energieeinsparung, rationeller Energieeinsatz und moderne Technologien der Braunkohlenutzung müssen gefördert werden. Dazu gehören insbesondere dezentrale und umweltfreundliche Blockheizkraftwerke mit Kraftwärmekopplung auf Braunkohlebasis.

**U**mweltschutz muß als Wirtschaftsfaktor begriffen und bewußt genutzt werden. Energietechnik und die **Entwicklung von Umwelttechnologien** müssen zu einem Standbein in der gesamten Wirtschaft Brandenburgs, vorrangig aber in der Lausitz, werden. Es muß gewährleistet sein, daß die Sanierungsträger mehrheitlich in der Hand der Länder sind. Die Sanierung ökologischer Altlasten, insbesondere der Braunkohle, hat einmal als längerfristiges Beschäftigungsprogramm aber auch als Einstieg in neue Umwelttechnologien besondere Bedeutung. Umwelttechnologien, Einsatz erneuerbarer Energien und umweltgerechte Industriensiedlung sind zu fördern und insbesondere die Umweltforschung und Umwelttechnik an den Hochschulen auszubauen.

**S**eit dem Inkrafttreten des gemeinsamen **Europäischen Binnenmarktes** haben sich Chancen und Risiken für brandenburgische Unternehmen erhöht. Gegenwärtig kommen ein Drittel aller Exporte der neuen Bundesländer in die EU aus Brandenburg. Diese Erfolge dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Etablierung ostdeutscher Produkte auf dem EU-Binnenmarkt durch massive Preiskämpfe, auch infolge der gegenwärtigen labilen wirtschaftlichen Situation, erschwert wird. Um eine wettbewerbsfähige Wirtschaft zu entwickeln, ist eine aktive Einbindung der Unternehmen des Landes in die internationale Arbeitsteilung dringend erforderlich. Besonders in den dynamischen Regionen Asiens können weitere Absatzmöglichkeiten erschlossen werden. Der begonnene Umorientierungsprozeß brandenburgischer Unternehmen muß daher vor allem durch die gezielte Unterstützung von Kooperationsprojekten und durch günstige finanzielle Regelungen für Auslandsengagement verbessert werden.

Der Wirtschaftsraum Brandenburg-Berlin muß als **Brückenschlag zu den Zukunftsmärkten Mittel- und Osteuropas und der GUS** gestaltet werden. Dabei ist es erforderlich, auch ungewöhnliche Wege zu beschreiten, um Osthandel für die brandenburgische Exportwirtschaft zu ermöglichen und bereits abgebro-

chene Wirtschaftskontakte wiederzubeleben. Die Landesregierung beteiligt sich zusammen mit Experten für den Osthandel an der Initiierung einer privaten Handelsentwicklungsgesellschaft (HEG). Die Vertiefung der grenznahen Zusammenarbeit ist ein wichtiger Schwerpunkt.



Schreitbagger im Einsatz

## Arbeit fördern statt Arbeitslosigkeit finanzieren!

**D**ie SPD in Brandenburg setzt sich für eine **Arbeitsmarktpolitik** ein, die zugleich wirtschaftsnah konzipiert und zielgruppenorientiert ist. Der Brandenburger Weg in der Arbeitsmarktpolitik folgt drei Leitgedanken:

- **Strukturförderung:** Arbeitsförderung wird so wirtschaftsnah wie möglich eingesetzt, um die Strukturentwicklung des Landes voranzubringen. Die Umsetzung der Instrumente der Arbeitsförderung erfolgt dezentral in den Regionen. Nur hier kann für eine Verzahnung der Mittel der Arbeitsförderung mit der Entwicklung der regionalen wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur gesorgt werden.
- **Wirtschaftsnahe Qualifizierung** dient der Stabilisierung schon entstandener Unternehmen sowie der Vorbereitung und Begleitung von Arbeitslosen auf die Gründung eigener Unternehmen.

- Mit **Initiativen gegen Langzeitarbeitslosigkeit** soll den schwerwiegenden Langzeiteffekten von Arbeitslosigkeit entgegengewirkt werden. Menschen, die sich vielleicht schon aufgegeben haben, sollen angesprochen und zu neuen Initiativen angeregt werden.

Die **Schaffung von Arbeitsplätzen** ist die wichtigste wirtschafts- und sozialpolitische Aufgabe für die SPD in Brandenburg. Sie umfaßt nahezu alle Bereiche der Politik.

Durch die Fortführung des **Landesprogramms Qualifizierung und Arbeit** für Brandenburg setzt sie eigene Akzente in:

- wirtschaftsnaher Arbeitsförderung
- zielgruppenorientierter Förderung, insbesondere für Frauen, Jugendliche und Langzeitarbeitslose
- der ergänzenden Förderung zu Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit (z.B. ABM, 249 h).

Einen Schwerpunkt wird die SPD auf das Programm **Arbeit statt Sozialhilfe** setzen. Möglichst vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die wegen Arbeitslosigkeit auf Sozialhilfe angewiesen sind, soll die Gelegenheit geschaffen werden, eine tariflich bezahlte Arbeit in Betrieben oder in Projekten aufzunehmen. Für viele bietet das die Chance zu einem neuen Start.

Im Land Brandenburg ist seit 1991 ein landesweites Netz an **Arbeitsförderungsgesellschaften** entstanden. Vielfach konnten nur so Massenentlassungen aus Treuhandunternehmen aufgefangen werden. Viele Regionen wären noch weit mehr in die Arbeitslosigkeit abgerutscht, würden nicht ihre Arbeitsförderungsgesellschaften wenigstens befristet Arbeitsplätze schaffen und Entwicklungsimpulse für die Region geben. Ziel einer SPD-geführten Landesregierung wird es sein, die Arbeitsförderungsgesellschaften in ihrer Weiterentwicklung zu leistungsfähigen Unternehmen und Dienstleistern ihrer jeweiligen Regionen zu unterstützen. Sie wird hierbei darauf achten, daß da, wo Übergänge in die Erwerbswirtschaft gelingen, öffentliche Förderung über ABM endet und fairer Wettbewerb herrscht.

Viele Langzeitarbeitslose werden zu Dauerarbeitslosen, weil sie sich aufgeben und die Isolation als Arbeitslose oder Arbeitsloser nicht allein überwinden können. Hier bedarf es der gezielten Ansprache. Die Förderung von Arbeitslosenzentren und -treffs sowie die Einführung eines „Kursystems contra Langzeitarbeitslosigkeit“ sind brandenburgische Ansätze zur Bekämpfung der schlimmen Wirkungen von Langzeitarbeitslosigkeit. Sie sollen fortgesetzt und weiterentwickelt werden.

In den vergangenen Jahren hat die Brandenburger Landesregierung neue Konzepte



für eine aktive Arbeitsmarktpolitik vorgelegt und – teilweise gegen den Widerstand der Bundesregierung – durchgesetzt. Die Brandenburger SPD wird auch in Zukunft eine wirksame Arbeitsmarktpolitik betreiben. Die Entlastungswirkung für den Arbeitsmarkt ist beträchtlich, im Dezember 1993 waren es 229.000 Personen. Vor allem Langzeitarbeitslosen, Frauen, älteren Arbeitnehmern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, Alleinerziehenden und Schwerbehinderten muß wieder eine Chance am Arbeitsmarkt eröffnet werden.

Ein besonderer Schwerpunkt ist die Mitwirkung des Landes für ein ausreichendes Angebot in der **beruflichen Erstausbildung**.

Auf der Bundesebene wird sich eine SPD-geführte Landesregierung für eine umfassende **Reform der Arbeitsförderung** einsetzen. Sie wird die Einführung eines Arbeits- und Strukturförderungsgesetzes anstelle des bisherigen Arbeitsförderungsgesetzes unterstützen.

Die SPD in Brandenburg setzt sich für die Weiterentwicklung eines ganzheitlichen **Arbeitsschutzes** ein, der sich an den europäischen Maßstäben orientiert. Standortnachteile werden nicht zugelassen und einer Aufweichung des Arbeitnehmerschutzes durch kurzfristigen Wettbewerbsdruck wird entgegengewirkt. Neue Akzente sollen in einem präventiven Arbeitsschutz gesetzt werden, der durch gezielte Förderung die Entwicklung und Einführung neuer Methoden und Techniken für sichere Arbeitsplätze fördert.

**E**in immer geringerer Teil der Erwerbsbevölkerung arbeitet zur Zeit immer länger und produktiver, während gleichzeitig immer mehr Menschen in die Arbeitslosigkeit abgedrängt werden. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt erfordert eine weitgehende Flexibilisierung des Verhaltens auf allen Seiten, um so ein Maximum an Arbeitsplätzen zu ermöglichen. Wir brauchen eine **solidarische Arbeitszeitpolitik**, die Stellenabbau vermeidet und aus dem Erwerbsleben Ausgegrenzten eine neue Perspektive bietet. Die Abläufe in Unternehmen dürfen durch kürzere Arbeitszeiten nicht erschwert werden.

Grundsätzlich ist die Schaffung zusätzlicher Teilzeitarbeitsplätze zu begrüßen. Darüber hinaus unterstützen wir die Schaffung von Anreizen für die Ausweitung von Teilzeitarbeit auf freiwilliger Basis und mit tariflicher Absicherung.

Um das Ziel der **Vollbeschäftigung** ernsthaft zu verfolgen, wird ein mit öffentlichen Mitteln unterstützter Arbeitsmarkt notwendig sein. Auf diesem Wege können Erwerbsarbeitsplätze geschaffen und bewahrt werden. Es sind fließende Übergänge zu schaffen zwischen der Kombination aus subventionierten Arbeitsplätzen und Arbeitsplätzen im regulären Arbeitsmarkt.

# Entwicklung des ländlichen Raumes der Brandenburger Weg in der Landwirtschaft

**F**ast jeder zweite Brandenburger lebt im ländlichen Raum. Unsere Politik war und ist daher darauf gerichtet, den ländlichen Raum in seinen Funktionen für Wohnen, Arbeit, Erholung und Ausgleich für Ballungsräume zu stärken. Auch die brandenburgische Landwirtschaft wird eine sichere Zukunft haben, wenn sie sich in die Entwicklung des ländlichen Raumes mit seinen Dörfern und seiner Kulturlandschaft einbringt.

Wir wollen der Abwanderung der Menschen aus unseren ländlichen Gebieten entgegenwirken. Es gilt dafür zu sorgen, daß das „Leben auf dem Lande“ gesellschaftlich und ökonomisch anerkannt wird – es sich lohnt, dort zu leben.

Voraussetzung für die **Entwicklung des ländlichen Raumes** sind neben einer intakten Landwirtschaft vor allem wirtschaftliche Perspektiven für die dort lebenden Menschen. Sie brauchen:

- Arbeitsplätze in vertretbarer Entfernung vom Wohnort mit angemessenen Verdienstmöglichkeiten
- ausreichenden und bezahlbaren Mietwohnraum; die Möglichkeit, Wohneigentum zu erwerben (Wohnbauförderung)
- ein attraktives Wohnumfeld innerhalb des Dorfes (Dorferneuerung)
- Grundversorgung für den täglichen Bedarf, sichere Basisinfrastruktur (Kindergarten, Schule, Post, ÖPNV, Dienstleistungen)
- schnelle und kostengünstige Erreichbarkeit der Zentren des kulturellen Lebens durch gute Verkehrsanbindungen
- intakte Natur, die das Leben auf dem Lande besonders lebenswert macht.

Unsere Politik zur Entwicklung der ländlichen Räume muß von den Menschen mitgetragen und von möglichst vielen Instrumenten und Maßnahmen der Politik unterstützt werden.

**D**as Konzept für die Bündelung von regional wirksamen Maßnahmen und finanziellen Mitteln heißt **Integrierte Ländliche Entwicklung** (ILE). Mit Mitteln aus den drei europäischen Strukturfonds muß unter sinnvoller Kombination mit staatlichen Hilfen von Bund und Land der ländlichen Eigenentwicklung zum Durchbruch verholfen werden.

ILE ist ein wesentlicher Bestandteil des brandenburgischen Leitbildes der dezentralen Konzentration. ILE baut von unten nach oben auf. Die Erfassung der ländlichen Entwicklungspotentiale und der Bedürfnisse der Menschen in unseren Dörfern und ihres Umlandes muß auf der Ebene der Gemeinden und Ämter erfolgen. Im weiteren Abstimmungsprozeß bis hin zur Ebene der Landesregierung sind die behördlichen Zuständigkeiten so festzulegen, daß ein Höchstmaß an Ausgewogenheit für die Entwicklung des Landes gewährleistet ist.

Landwirtschaft mit dem Ziel der Nahrungsmittelproduktion ist für die Erhaltung und Entwicklung des ländlichen Raumes zwar unabdingbar, aber in dieser Funktion allein nicht ausreichend. Vielmehr sind eine Erweiterung und Veränderung des Tätigkeitsspektrums der Landwirte und die Entwicklung alternativer Erwerbsmöglichkeiten in den Bereichen Dienstleistung, Tourismus, Handwerk und Gewerbe erforderlich, um eine Entwicklung **von der Landwirtschaft zur Wirtschaft auf dem Lande** zu fördern. Darüber hinaus sollte ein aktives Mitwirken unserer Landwirte an den Aufgaben der Landschaftspflegeverbände angestrebt und gefördert werden.

**D**ie Landwirtschaft muß in Brandenburg ein strukturbestimmender Wirtschaftszweig und eine stabile wirtschaftliche Basis für den ländlichen Raum bleiben. Sie ist deshalb zu leistungs- und wettbewerbsfähigen landwirtschaftlichen Unternehmen fortzuentwickeln, die standortgerecht qualitativ hochwertige Nahrungsmittel, Sonderkulturen und – nach Maßgabe der Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit – nachwachsende Rohstoffe erzeugen. Die landschaftspflegende und -erhaltende Funktion der Landwirtschaft bedarf der gesamtgesellschaftlichen Anerkennung. Diese Leistung muß im Rahmen der Agrarreformen auch finanziell vergütet werden. Damit ist die Umsetzung der flankierenden Maßnahmen innerhalb der Reformen für die Landbewirtschaftler unabdingbar.

Mit dem **Brandenburger Weg** haben wir **für die Landwirtschaft** eine neue Perspektive eröffnet. Wir werden alles daran setzen,

- eine standortgerechte und nachhaltige Landnutzung zu fördern und Alternativen zu einer nicht sinnvollen Flächenstillegung zu entwickeln
- den Aufbau einer effizienten und umweltverträglichen Tierproduktion mit dem Einsatz der gewachsenen einheimischen Produkte in der Tierhaltung zu unterstützen
- vor allem den Umstrukturierungsprozeß unserer Landwirtschaft hin zu stabilen, ökonomisch leistungsfähigen Betrieben unterstützend zu begleiten.



Wir brauchen in Brandenburg eine **neue Bodenpolitik** und eine flexiblere Bewirtschaftung der Landesliegenschaften. Der Erfolg unserer Bemühungen hängt ganz entscheidend davon ab, daß wir insbesondere gegenüber dem Bund, aber auch gegenüber der EU fünf Kernforderungen möglichst weitgehend durchsetzen:

- die Chancengleichheit der Brandenburger Landwirte beim Zugang zu Grund und Boden, zu Kapital und zu Produktionsrechten unabhängig von der Betriebs- und Rechtsform
- die Anerkennung des Restitutionsanspruches des Landes auf das von der Treuhandanstalt verwaltete ehemalige land- und forstwirtschaftliche Volksvermögen, insbesondere auf das sogenannte „Preußenvermögen“
- eine wirksame Entlastung der LPG-Nachfolgebetriebe von sogenannten „DDR-Altcredits“, deren Fortbestehen und Anwachsen nicht nur den Bestand der umgewandelten Betriebe gefährdet, sondern die Auszahlung von Inventarbeiträgen zugunsten der Wiedereinrichter behindert
- die Bewilligung unseres Eigenkapital-Hilfsprogramms, möglichst unter finanzieller Beteiligung des Bundes und der EU
- die Anerkennung unserer großbetrieblichen Strukturen im Rahmen der landwirtschaftlichen Förderungspolitik.

**Boden im Eigentum von Land und Kommunen** sollte gemäß Art. 40 der brandenburgischen Verfassung genutzt werden. Grundsätzlich soll dabei der langfristigen Verpachtung (mindestens 18 Jahre) der Vorrang eingeräumt werden, weil damit

- Landwirte ohne das notwendige Kapital zum Bodenkauf die Möglichkeit erhalten, ihr Eigenkapital für die Bewirtschaftung einzusetzen
- zeitlich eine ausreichende Sicherheit für langfristige Betriebskonzeptionen besteht und somit die Kreditfähigkeit gegeben ist
- Bodenspekulation verhindert wird
- Spielraum für eine vernünftige ländliche Infrastrukturentwicklung gesichert werden kann.

Die SPD ist der Auffassung, daß **Eigentum und Pacht** von Boden gleichrangige Grundlagen der Privatbewirtschaftung sind. Beim langfristigen Bodenerwerb sollen Siedlungskauf und Erbpacht gleichrangig angeboten werden.

**D**ie SPD wird dafür eintreten, die Erfordernisse des **Umwelt- und Naturschutzes** sowie des **Tierschutzes in der Agrarpolitik** noch stärker zu berücksichtigen. Eine ökologisch verantwortbare Begrenzung von schädlichen Luftimmissionen und Stoffeinträgen in Boden und Wasser sind untrennbar mit dem Prinzip der standortgerechten Landwirtschaft verbunden. Wir werden gegenüber dem Bund und der EU darauf drängen, bei möglichst allen Förderungsprogrammen den Schutz der natürlichen Ressourcen und eine artgerechte Tierhaltung zur Voraussetzung für die Bewilligung von finanziellen Mitteln zu machen. Nur eine ökonomisch leistungsfähige und ökologisch verantwortungsbereite Landwirtschaft bietet eine Perspektive für den Erhalt der Kulturlandschaft und eine noch für künftige Generationen lebenswerte natürliche Umwelt.

Wichtigste **forstpolitische Aufgaben** sind der Schutz und die Nutzung der Wälder, die Wiederaufforstung von Waldbrandflächen und der langfristige Umbau der überwiegend monostrukturierten Wälder. Aufforstungen und Baumpflanzungen sind zur Rekultivierung devastierter Flächen im Braunkohlentagebau sowie zur Biotopvernetzung, Anlage von Waldschutzstreifen und Wegerandbepflanzungen dringend zu fördern. Eine Aufforstung ertragsschwacher Flächen kann bei mehr als 1,1 Millionen ha Waldflächen aus landschaftsgestalterischer, ökologischer und ökonomischer Sicht nur in begrenztem Umfang vorgenommen werden. Wegen seiner ökologischen Ausgleichsfunktion, seiner Bedeutung für die Erholung des Menschen und aus beschäftigungspolitischer Sicht darf der Wald nicht zum Spekulationsobjekt degradiert werden. Die Wälder des Treuhandbodenfonds sind dem Land und seinen Kommunen zurückzugeben.

Die SPD in Brandenburg sichert eine fischereiwirtschaftliche Nutzung aller über 1ha großen Gewässer außerhalb von Kernzonen des Naturschutzes vorwiegend

durch **Fischerei** im Haupterwerb. Sie wird Freizügigkeit des Angelns auf den von Anglern gepachteten Gewässern im Rahmen des Landesfischereigesetzes sicherstellen.

**E**ine ausreichende Absicherung von **Handel und Dienstleistungen** in der Nahversorgung ist ebenso wie der öffentliche Nahverkehr als ein öffentliches Gut anzusehen. Einrichtungen der ländlichen Dienstleistung sind daher durch Förderung im Wettbewerb gegen zentrale Großhandelsunternehmen, die nur dem mobilen Teil der Bevölkerung unbeschränkt zur Verfügung stehen, besserzustellen. Der weiteren Monopolisierung großer Handelsketten muß staatlicherseits entgegengetreten werden.

Der Aufbau von betriebsnahen Verarbeitungs- und Handelseinrichtungen für Bio-Produkte und Produkte konventioneller landwirtschaftlicher Produktion kann die Versorgung und die Wirtschaftlichkeit von Produktionsbetrieben verbessern und neue Arbeitsplätze bieten (Bioladen, Dorfbäckerei, Dorfschlachtereie, Fischverarbeitung). Für die Anbindung von Handelseinrichtungen an Produktion und Gewerbe sind gesetzliche Voraussetzungen und spezielle Förderungsmöglichkeiten zu schaffen. Eine **gezielte Absatzförderung** für einheimische Produkte und Dienstleistungen sowie Informations- und Beratungshilfen sind unerlässlich.

Der **Tourismus** ist als Neben- und Haupterwerbsquelle teils bei landwirtschaftlichen Betrieben, aber auch bei selbständigen klein- und mittelständischen Unternehmen zu fördern. Existenzgründungen im Tourismussektor, Unterstützung von Bauernhöfen und Einzelhaushalten, Naturschutzstationen und Förstereien bei der Schaffung von Übernachtungsquartieren werden aktiv gefördert. Der umweltverträglich zu entwickelnde Tourismus ist auf individuelle Ansprüche mit hoher Qualität der Unterbringung und einem hervorragenden „Naturangebot“ auszurichten.

**I**n den Dörfern bestehen gute Voraussetzungen zur **Gründung neuer Existenzen**. Die Umstrukturierung landwirtschaftlicher Großunternehmen bietet Handel und Gewerbe durch Freisetzung von Anlagevermögen und gut qualifizierter Fachkräfte gute Niederlassungs- und Entwicklungsmöglichkeiten. Eine ausreichende Absicherung von Handel und Dienstleistungen sowie des öffentlichen Personennahverkehrs ist notwendig. Sogenannte „Nachbarschaftsläden“ können als Kombinationen aus Gaststätte, Spätverkaufsstelle von Lebensmitteln und Schreib- und Postbedarf, Annahmestelle von Reparaturen u.ä. gute Wirtschaftlichkeit auch in kleineren Dörfern erreichen. Der Aufbau von betriebsnahen Verarbeitungs- und Handelseinrichtungen kann die Versorgung und die Wirtschaftlichkeit von Produktionsbetrieben verbessern. Kleinstdörfer können letztlich nur durch eine mobile Versorgung abgesichert werden.

# Bezahlbares Wohnen

## das Recht auf Wohnung verwirklichen

**Z**iel unserer **Wohnungspolitik** ist die Schaffung von ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten. In Brandenburg fehlen mindestens 100.000 Wohnungen. Der Bedarf wird bei der zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung noch erheblich ansteigen. Die Behebung der Wohnungsnot ist vorrangig durch Wohnungsneubau zu erreichen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, daß jedes Jahr mindestens **12.000 Wohnungen** gebaut werden. Auch der Erhalt von Wohnraum muß eine hohe Priorität behalten.

Wir setzen uns dafür ein, daß möglichst viele Wohnungen mit öffentlichen Mitteln modernisiert und instandgesetzt werden, um damit Mietpreisbindungen und Belegungsrechte zu sichern.

Wir wollen ausreichend **preiswerte Wohnungen** für die Bezieher geringer Einkommen bereitstellen.

Die SPD des Landes Brandenburg tritt ein für eine öffentliche Förderung des Wohnungsbaus durch den Bund und das Land:

- Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus zur Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung mit Wohnungen mit langfristigen Mietpreis- und Belegungsbindungen
- besondere Förderung für die Bildung von Wohneigentum durch Bereitstellung preisgünstiger Grundstücke für Wohnungsbaugenossenschaften; eine neue Bodenpolitik; die flexiblere Bewirtschaftung der Landesliegenschaften
- Eigentumsförderung für Familien mit geringem Einkommen bei der Bildung von selbstgenutztem Wohneigentum
- „Vereinbarte Förderung“, mit der die Versorgung von mittleren Einkommenschichten mit Wohnraum erfolgt, die keine Berechtigung zum Bezug einer Sozialbauwohnung haben, aber auch nicht in der Lage sind, frei finanzierten Wohnraum anzumieten (Überschreitung der Einkommensgrenzen nach § 25 des II. Wohnungsbaugesetzes bis zu 60%).

Die SPD Brandenburgs fordert von der Bundesregierung eine zeitgemäße Anpassung der Einkommensgrenzen des § 25 des II. Wohnungsbaugesetzes an die Gehaltsentwicklung.

Im Interesse der Haushalte mit mittlerem Einkommen fordern wir von der Bundesregierung eine Änderung der Steuergesetze, um nicht nur Besserverdienenden Steuervorteile beim Erwerb von Wohneigentum zu gewähren.

Der beste Schutz gegen überhöhte Mieten ist ausreichender Wohnraum. Wir setzen uns dafür ein, daß auch im frei finanzierten Wohnungsbau möglichst viele Wohnungen errichtet werden. Damit soll ein Angebot für die Mieter geschaffen werden, die sich teure Wohnungen leisten können und wollen. Diese Haushalte blockieren gegenwärtig preiswerte Wohnungen, auf die Einkommensschwächere angewiesen sind. Das Land Brandenburg soll in seinem Zuständigkeitsbereich für ein einfaches Baurecht sorgen.

**D**ie **Mietenpolitik** der Bundesregierung ist in vieler Hinsicht von sozialer Kälte gekennzeichnet. Eine Anhebung der Wohnungsmieten war unumgänglich, da die Wohnung sowohl ein Sozial- als ein Wirtschaftsgut ist, für das eine kostendeckende Bewirtschaftung erreicht werden muß. Die jetzige Miethöhe belastet aber zahlreiche Haushalte über das verträgliche Maß hinaus, dies auch wegen der hohen, steigenden Modernisierungsumlagen.

Vor dem Hintergrund eines für viele Haushalte sinkenden Realeinkommens muß die weitere Mietpreisentwicklung sozial orientiert kontrolliert werden. Auch nach dem geplanten Übergang zum Vergleichsmietensystem ab Mitte 1995 müssen die Mieten bezahlbar bleiben.

Die SPD in Brandenburg tritt daher ein für:

- Begrenzung des Mietenanstiegs nach Auslaufen der Mietpreisbindung
  - a) für die bestehenden Mietverhältnisse
  - b) bei Neuvermietung
- qualitative Verbesserung des Wohngeldgesetzes für alle Bundesländer
- Vermeidung von Mietverzerrungen (gerechte Mieten nach Lage, Ausstattung, Baualter, Größe der Wohnung und Größe der Gemeinde)
- Kappung der Modernisierungsumlagen
- Reduzierung überhöhter Betriebskosten
- Sicherung von mietpreisgebundenen Belegungsrechten unter Ausschöpfung der Ermächtigung aus dem Altschuldenhilfegesetz



- Der gesetzliche Kündigungsschutz ist so zu verbessern, daß Kündigungsmißbrauch und Verdrängung von Mietern unterbunden werden können. Der besondere Kündigungsschutz für ostdeutsche Mieter darf erst dann westlichem Recht angeglichen werden, wenn auch in den neuen Bundesländern der Verdrängung wirksam begegnet wird. Deshalb fordert die SPD: Der Kündigungsschutz vor Eigenbedarfskündigung, auch bei Einliegerwohnungen, soll bis Ende 1997 verlängert werden.

**W**ohnen ist ein elementares Grundbedürfnis des Menschen. Anstehende Privatisierung von Wohnraum ist deshalb nur vertretbar, wenn sie sozialverträglich erfolgt. Wir stimmen einer Privatisierung von Wohnungsbeständen nur dann zu, wenn gleichzeitig ein langfristig gebundener Wohnungsbestand in ausreichendem quantitativen und qualitativen Ausmaß vorhanden ist. Zirka 30% des Bestandes der Sozialbauwohnungen oder mit öffentlichen Mitteln modernisierter instandgesetzter Wohnungen sollten in der Verfügungsgewalt der Kommune verbleiben. So wollen wir ausreichenden Wohnraum für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen erhalten.

Wir unterstützen die **Bildung von Genossenschaften** und Formen der gemeinschaftlichen Selbsthilfe zur Sicherung des Bestandes an bezahlbaren Mietwohnungen.

Wir setzen uns dafür ein, daß Mieter ihre Wohnungen kaufen können, wenn sie dies wollen. Die Bildung von **Wohneigentum** für Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg unterstützen wir nachdrücklich. Die Veräußerung von Wohnungen bzw. Gebäuden an Dritte muß einhergehen mit einer Absicherung der Mieter, zum Beispiel im Hinblick auf Eigenbedarf und Luxusmodernisierung.

In Brandenburg sind hunderttausende Bürger von **Rückübertragungsansprüchen** betroffen. Deshalb fordert die SPD:

- Wir wollen einen sachgerechten Interessenausgleich und Schutz für die von der Sachenrechtsänderung und Schuldrechtsänderung Betroffenen schaffen.
- Wir unterstützen die Verfassungsklage der Landesregierung in Karlsruhe, die die Streichung des Stichtages 18. Oktober 1989 verfolgt. Wir fordern, die nur notariell abgeschlossenen Kaufverträge zu ändern und eine Einzelfallprüfung auf Unredlichkeit.
- Um Härten zu mildern, soll das Land Brandenburg von den durch das Land übernommenen ehemals militärisch genutzten Liegenschaften Grundstücke kostengünstig zur Verfügung stellen.

- Das Land soll verstärkt dafür Sorge tragen, die Verfahren zur Regelung offener Vermögensfragen bei Investitionen, insbesondere für den Wohnungsbau, zu beschleunigen.
- Wir wollen entstehende soziale Härten durch ein Sonderprogramm des Landes Brandenburg mildern.



Rekonstruktion alter Bausubstanz

**D**ie behutsame **Stadt- und Dorferneuerung** hat das Ziel, die Städte und Dörfer Brandenburgs wieder attraktiver zu gestalten, damit sie an Wohn- und Lebensqualität gewinnen. Dies ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Land und Gemeinden.

- In den Kommunen, die über Liegenschaften in den Erneuerungsgebieten verfügen, andererseits jedoch keine Eigenmittel haben, um diese instandzusetzen, sollte ein Sonderprogramm der Privatisierung vor Erneuerung durchgeführt werden.
- Innerhalb der Verwaltung und der Politik muß der Vorrang der Sanierung durchgesetzt werden, auch in Kenntnis der desolaten Haushaltslage der ost-deutschen Kommunen.

- Die öffentliche Hand muß in der Erneuerungsdiskussion verstärkt die Bürger, die Fachöffentlichkeit und die Politik einbeziehen. Es bedarf hier über die schon praktizierte Beteiligung hinaus noch der Erprobung weiterer verbindlicher Formen der Bürgerbeteiligung bei der Bestimmung der Sanierungsziele, z.B. durch die Bildung von Sanierungsbeiräten.
- Zur Beschleunigung des Sanierungsprozesses gibt es zusätzliche Möglichkeiten für die Kommunen:
  - kommunale Sanierungsförderung über Zuschüsse
  - Leerstandsbesetzungs- und Dachum- und -ausbauprogramme in Form von Zinssubventionsprogrammen.
- Stärkere Förderung von Selbsthilfeprojekten zur kostengünstigen Sanierung von Objekten unter Nutzung von Nachbarschaftshilfe und Eigenleistungen.
- Für die großen Neubausiedlungen des industriellen Wohnungsbaus muß unter Berücksichtigung von Förderprogrammen eine für die Betroffenen erleb- und beeinflussbare Verbesserung des Wohnumfeldes erreicht werden.
- Leerstände – auch im öffentlichen Eigentum – sind schnellstmöglich abzubauen.

Die Entwicklung von ehemals von der GUS militärisch genutzten Flächen ist für die städtebauliche Entwicklung der Kommunen von großer Bedeutung.

Deshalb fordert die SPD in Brandenburg:

- Die von der Bundesregierung den Ländern übertragenen ehemals militärisch genutzten Flächen der GUS-Streitkräfte, die in Innenstadt- bzw. Stadtrandbereichen brandenburgischer Kommunen liegen, sind kurzfristig und zu günstigen Konditionen oder zu einem symbolischen Wert an Kommunen mit umsetzungsfähigen Konzepten zu überführen.
- Zur schnellen Realisierung der Gebäudesanierung und der Entwicklung der unbebauten Flächen sind zusätzliche Mittel zum Beispiel für die Förderung von städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen und der Wohnraumbeschaffung auf ehemals militärisch genutzten Flächen in den Haushaltsplan des Landes Brandenburg einzustellen.

Damit steht den Kommunen ein bedeutendes Flächenpotential für ihre Entwicklung zur Verfügung, das so schnell wie möglich aktiviert werden muß, da mit jedem Jahr, das verstreicht, die Kosten für die Aufbereitung freigezogener Grundstücke und leerstehender Gebäudesubstanz kontinuierlich anwachsen.

# Innerer Frieden, Innere Sicherheit eine Aufgabe für alle

**D**ie Aufrechterhaltung des Inneren Friedens und der Inneren Sicherheit geht alle an. Wir nehmen die Sorgen unserer Bürger, ihr Gefühl der Bedrohung ernst.

Sicherheit bedeutet in erster Linie Schutz vor Verbrechen, aber auch soziale Sicherheit, Schutz vor Ausgrenzung, Solidarität im Alltag und Rücksichtnahme im Straßenverkehr. Kriminalität zu bekämpfen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie erfordert, daß erzieherische, kulturelle, soziale, polizeiliche und juristische Institutionen mehr als bisher zusammenarbeiten.

Alle Formen, von der Alltagskriminalität über die Wirtschaftskriminalität bis hin zum Organisierten Verbrechen müssen durch die Polizei und die Justiz konsequent verfolgt werden. Ein weiteres ständiges Ansteigen der Kriminalität ist für uns nicht hinnehmbar.

Hohe Priorität hat in Brandenburg der Kampf gegen antisemitische, fremdenfeindliche und extremistische Straftaten. Er erfordert den Einsatz aller verfügbaren Kräfte von Polizei und Justiz, aber er muß auch durch eine entschlossene, couragierte und aufmerksame Bevölkerung unterstützt werden.

Die **Vorbeugung zählt zu den wichtigsten Aufgaben**, um Inneren Frieden und Innere Sicherheit zu erhalten:

- Straftaten zu verhüten ist die beste Art der Verbrechensbekämpfung. Wir treten ein für eine kommunale Kriminalitätsvorbeugung: Zwischen Bürgern, Kommunen, Justiz und Polizei muß eine Sicherheitspartnerschaft geschlossen werden. Wir unterstützen die Einrichtung kommunaler Präventivbeiräte (Runde Tische) zur Bekämpfung von Gewalt und Kriminalität.
- Freie Träger der Jugendarbeit und der politischen Bildung, Ausländerbeauftragte und Schulen entwickeln gemeinsam ein bildungspolitisches Programm, um dabei zu helfen, Konflikte gewaltfrei zu lösen.
- Verstärkte Verkehrserziehung soll helfen, die Hauptunfallursachen, insbesondere Geschwindigkeitsüberschreitung und Alkohol im Straßenverkehr, zu vermindern. Um die Verkehrssicherheit zu erhöhen, vor allem um die schwächeren Verkehrsteilnehmer wie Kinder, Senioren, Fahranfänger zu schützen, werden die polizeilichen Kontrollen ausgebaut.

**W**enn wir Gewalt erzeugende und gewalttätige Strukturen bekämpfen, heißt dies für die SPD in Brandenburg zuallererst, mit den Schwächeren und Opfern gesellschaftliche Solidarität zu wahren. Dies gilt für die Opfer von politisch, rassistisch und kriminell motivierter Gewalt. Unsere Aufmerksamkeit muß darüber hinaus auch der ganz „normalen“ mit Gewöhnungseffekten und daraus resultierenden Ohnmachtsgefühlen einhergehenden **Alltagsgewalt** gelten. Dies betrifft vor allem Opfer im Straßenverkehr, alte Menschen und Kinder. Dazu zählt auch die schwer zu fassende eheliche oder in enger Lebensgemeinschaft ausgeübte Gewalt gegen Frauen. Der Opferschutz in materieller, physischer und in seelischer Hinsicht ist eine unerläßliche Aufgabe. Hier gilt es, die Würde der von Gewalt betroffenen Menschen zu schützen bzw. wieder herzustellen.

Die SPD in Brandenburg arbeitet vor allem daran, die **sozialen Grundlagen** für den gesellschaftlichen Frieden zu erhalten. Sozialpolitik und Arbeit hat in diesem Zusammenhang eine grundlegende Bedeutung. Die Notwendigkeit, gesellschaftliche Konflikte im Interesse der Entwicklung des Gemeinwesens auszutragen, darf nicht auf Kosten der Friedfertigkeit und zivilisierter Umgangsformen gehen. Schließlich ist dies eine elementare Frage unseres gesellschaftlichen Selbstverständnisses, nicht zuletzt auch unserer Kultur und Zivilisation.

Die allgegenwärtige **Gewalt in unseren Medien**, die ein mindestens zweifelhaftes Unterhaltungsbedürfnis befriedigt, trägt dazu bei, die Hemmschwelle gegenüber eigener oder fremder Gewaltanwendung herabzusetzen. Sie hat Abstumpfungskarakter und ist für viele, insbesondere für Kinder und Jugendliche, mit einem nicht unerheblichen Realitätsverlust verknüpft. Im Fernsehen wird in der Regel nicht wirklich verletzt und gestorben. Um diesen Zusammenhang zu erhellen und die Darstellung der „künstlichen“ Gewalt in den Medien zurückzudrängen, bedarf es einer nachhaltigen Unterstützung medienpädagogischer Aufklärung und Erziehung. Hier appellieren wir nachdrücklich an die Selbstkontrolle der Medienanstalten im privaten, aber auch im öffentlich-rechtlichen Bereich.

**W**ir treten ein für die **Stärkung des demokratischen Rechtsstaates**.  
Wir werden

- die Polizei weiter mit moderner Technik und Geräten, insbesondere im Informations- und Kommunikationsbereich, ausstatten
- umgehend die freien Stellen im Vollzugsdienst besetzen und neue Stellen bei der Polizei schaffen; die Posten- und Revierdienste der Polizei verstärken; die Bereitschaftspolizei und Spezialeinheiten zur Bekämpfung schwerster Kriminalität ausbauen

- die Polizei von sachfremden Tätigkeiten entlasten
- auf dem Weg zu einer bürgernahen Polizei die fachliche und soziale Kompetenz der einzelnen Polizistinnen und Polizisten stärken
- im Bereich der Justiz:
  - die offenen Stellen der Justizbehörden umgehend besetzen und die Mitarbeiter weiter qualifizieren
  - die Verfahrensführung bei den Staatsanwaltschaften und Gerichten beschleunigen
  - das Rechtsbewußtsein durch Angebot eines Rechtskundeunterrichts im Gemeinschafts- und Sozialkundeunterricht durch Richter, Rechtsanwälte und Verwaltungsjuristen fördern
  - die Sicherheitsstandards der bestehenden Justizvollzugsanstalten verbessern, mittelfristig zwei neue geschlossene Justizvollzugsanstalten schaffen
  - die Strafverfolgung durch konsequente Ausschöpfung der rechtlichen Möglichkeiten sichern, z.B. bei Wiederholungsgefahr
- den Täter-Opfer-Ausgleich, vor allem im Jugendstrafrecht, anwenden (Durch aktive und freiwillige Wiedergutmachung des Schadens durch den Täter kann von einer gerichtlichen Verfolgung der Tat abgesehen werden. Der Täter-Opfer-Ausgleich kann damit einen wichtigen Beitrag zur Entlastung der Gerichte leisten, die sich so auf die Verfolgung schwerer Straftaten konzentrieren können.)
- die Strafvorschriften zur Bekämpfung von Volksverhetzung und der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (faschistische Symbole) konsequent verfolgen und verschärfen.

Wir werden das Erforderliche tun, damit die Einwohner unseres Landes sich in Brandenburg sicher und wohl fühlen können.

# Umwelt und Natur

## Lebensgrundlagen auf Dauer sichern

**B**randenburg – das Land zwischen Oder und Elbe im Herzen Europas –, von der Natur ausgestattet mit dem reichen Formenschatz eiszeitlicher Landschaften, hat bis heute viel von seiner natürlichen Ursprünglichkeit erhalten können. Unser größter Reichtum sind unsere Wälder und Seen mit ihrer einzigartigen Tier- und Pflanzenwelt. Unser Naturschutzprogramm für Brandenburg in seiner Einheit von Schutz und Nutzung sichert unsere Lebensgrundlagen, schafft Arbeitsplätze und ist die Voraussetzung für den Übergang zu einer dauerhaft stabilen Entwicklung.

Doch da ist auch ein anderes Brandenburg – ein geschädigtes Land, in dem die Grundlagen unseres Lebens, Wasser, Luft und Boden, vernutzt und belastet worden sind. Weite Landstriche sind unkultivierte Bergbaufolgelandschaften, fruchtbare Niederungen wurden durch verfehlte Entwässerung entwertet und vielgestaltige, artenreiche Agrarlandschaften ausgeräumt. Es wird gewaltige Anstrengungen erfordern, diese Umweltschäden zu beheben.



Im Brandenburger Land

**D**ie **ökologische Erneuerung** der Gesellschaft ist zur Überlebensfrage der Menschheit geworden. Eine Umweltkrise globalen Ausmaßes bedroht unsere Existenz. Ihre Überwindung erfordert neues Denken und rasches Handeln. Wir brauchen eine Umweltpolitik, die die natürlichen Grundlagen unseres Daseins auf Dauer sichert. Wir müssen eine Wirtschaftsweise entwickeln, die Energie- und Umweltressourcen sparsam nutzt und den zukünftigen Generationen erhält. Ökologische Erfordernisse und ökonomische Notwendigkeiten schließen sich nicht aus, sondern sind letztlich Bedingung für einander.

Die zahlreichen Oberflächengewässer (2,4% der Landesfläche) täuschen darüber hinweg, daß Brandenburg einen der angespanntesten Wasserhaushalte in der Bundesrepublik hat. Der Verbrauch durch Industrie, Landwirtschaft und Bevölkerung, insbesondere des Ballungsraumes Berlin, erfordert ein umfassendes wasserwirtschaftliches Programm:

- gesicherte Wasserbereitstellung
- naturnahe Wasserregulierung
- Verbesserung der Selbstreinigung der Gewässer als Voraussetzung zum Erhalt der Ökosysteme.

**S**auberes **Trinkwasser** wird für unser aller Leben ein immer kostbareres Gut. Hausbrunnen sind durch Nitrate belastet, Trinkwasserschutzgebiete von Verunreinigungen bedroht und die Trinkwasservorräte insgesamt begrenzt. Deshalb sind folgende Maßnahmen dringend erforderlich:

- Reduzierung des Trinkwasserverbrauchs
- Verringerung des Schadstoffeintrags durch Industrie und Landwirtschaft
- strenger Schutz der Trinkwasserschutz- und Vorbehaltsbereiche
- Modernisierung der Anlagen zur Gewinnung von Trinkwasser
- Verringerung der Leitungsverluste durch Erneuerung bestehender Anlagen
- nahezu vollständiger Anschluß der privaten Haushalte an öffentliche Netze.

Die Verbesserung der Trinkwasserqualität und die **Lösung der Abwasserprobleme** als wichtige Voraussetzung für die Ansiedlung von Gewerbe und die Ausweisung von Wohnquartieren bedürfen großer Investitionen. Effiziente Betreibermodelle und ökonomisch tragfähige Zweckverbände sind dafür eine wichtige Voraussetzung. Die Wirtschaftlichkeit der Zweckverbände muß einer schärferen Prüfung als bisher unterzogen werden, ein tragbares Konzept die Voraussetzung für die Ausreichung von Fördermitteln sein. Jetzt werden die Entscheidungen getroffen, die die Wasser- und Abwasserpreise für die nächsten Jahrzehnte bestimmen. Die Preisgestaltung muß sozialverträglich sein. Die SPD wird über gezielte Förderprogramme, die Bereitstellung von Mitteln und entsprechender Beratung dafür sorgen, die Kommunen mit diesen Aufgaben nicht allein zu lassen.



**D**ie brandenburgische **Energiepolitik** wird durch die vom Landtag verabschiedeten Leitlinien bestimmt. Sie ist eingebettet in die allgemeine Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik des Landes.

Möglichkeiten der Einflußnahme auf die Energiepolitik sieht die SPD u.a. im Rahmen der Raumordnung, in umwelt- und sicherheitsrechtlichen Genehmigungsverfahren. Durch die Bereitstellung von Fördermitteln aus dem Landeshaushalt wollen wir auf die Gestaltung der Energieversorgung und -nutzung Einfluß nehmen.

Die generellen Ziele der Energiepolitik der SPD im Land Brandenburg sind umweltverträgliche und sparsame Gewinnung und Nutzung von Energie vor allem durch:

- konsequente Energieeinsparung und Steigerung der Effizienz bei der Energiebereitstellung und -anwendung
- Versorgungssicherheit durch die vorrangige Nutzung der heimischen Braunkohle
- Verzicht auf die Errichtung von Atomkraftwerken und auf Stromimporte aus Atomkraftwerken anderer Bundesländer
- Aufbau moderner braunkohlebefuerter Großkraftwerke zur Grund- und Mittellastversorgung
- Unterstützung der Entwicklung und des Einsatzes einer neuen Generation von Braunkohlekraftwerken bzw. -heizkraftwerken mit integrierter Kohlevergasung bzw. der druckaufgeladenen Wirbelschichtfeuerung
- Ausbau der wärmegeführten Stromerzeugung in Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung als Ergänzung zur Stromerzeugung in Großkraftwerken
- Förderprogramme für Entwicklung und Nutzung alternativer Energie
- Förderung von Energieeinsparung durch Gestaltung der Tarife leitungsgebundener Energieträger
- Entwicklung der regionalen Energieversorgungsunternehmen zu Energiedienstleistungsunternehmen
- Recht der Kommunen zur eigenverantwortlichen Energieversorgung in ihrem Gebiet
- Energierückgewinnung durch Abwärmenutzung
- Ausbau der Erdgasversorgung im ländlichen Raum
- Erhalt des Bestandes an fernwärmeversorgten Wohnungen
- Optimierung der Wärmeerzeugung und Effizienzhöhung der Raumheizung
- normgerechte Wärmedämmung bei Neubauten und Sanierung von Altbauten.

**A**bfallvermeidung hat höchste Priorität! Aufgabe einer **ökologisch-sozial orientierten Abfallwirtschaft** in Brandenburg soll es sein, die Entsor-

gungssicherheit für private Haushalte und die Wirtschaft zu garantieren. Nur so kann Brandenburg ein attraktiver Wohn- und Wirtschaftsstandort sein.

Die SPD tritt für eine Abfallwirtschaft ein, die gekennzeichnet ist von den Grundsätzen Abfall vermeiden, vermindern und Restabfälle verwerten.

Abfallpolitik muß heute an zwei wesentlichen Punkten ansetzen:

- Es muß auf die Schaffung **geschlossener Stoffkreisläufe** hingewirkt werden. Die Verantwortung der Produzenten wird eingefordert werden. Wir wollen weg von der bisherigen Nutzung Rohstoff – Produkt – Abfall und hin zur umweltschonenden Ressourcennutzung. Grundsätzlich müssen neue Ansatzpunkte und Wege gefunden werden, um zukünftig Abfälle erst gar nicht entstehen zu lassen. Dabei sind Verpackung und Langlebigkeit von Produkten wesentliche Punkte.
- Die **Entsorgung muß auf ökologische Weise** sichergestellt werden. Wir werden alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten in Betracht ziehen und erst wenn mechanische und biologische Vorbehandlungen ausgereizt sind, thermisch vorbehandeln.

Die SPD in Brandenburg wird bei der Neuzulassung von Betrieben auf geschlossene Stoffkreisläufe und reststoffarme Technologien hinwirken. Die Ansiedlung mittelständischer Verwertungsbetriebe wird gezielt gefördert, eine entsprechende Versorgungsstruktur aufgebaut und so der Mehrwegverpackung der Vorrang eingeräumt.

Im Baugewerbe wird sowohl bei Neubau als auch bei Sanierung und Abriß auf die getrennte Sammlung der Abfälle gesetzt und – wo immer möglich – die Pflicht zum Recycling festgeschrieben.

Im Bereich des **Hausmülls** sind durch die entsorgungspflichtigen Körperschaften (Abfallzweckverbände oder Kreise) in ihren Abfallwirtschaftskonzepten Leitlinien zur Vermeidung und Verwertung von Abfällen für ihre Territorien zu entwickeln. Der gezielten Förderung der Eigenkompostierung kommt dabei eine wesentliche Bedeutung zu. Die Gebührengestaltung der entsorgungspflichtigen Körperschaften muß darauf orientiert sein, die Bürgerinnen und Bürger und die Gewerbetreibenden zur Vermeidung und Verwertung anzuhalten, ohne dabei die Effektivität der Wertstoffsammlung zu beeinträchtigen oder illegaler Entsorgung Vorschub zu leisten.

In Brandenburg stehen für die **Deponierung der Abfälle** in den nächsten 5 bis 10 Jahren nur die Deponien zur Verfügung, die bereits zu DDR-Zeiten betrieben wurden. Die Anpassung dieser Deponien an den Stand der Technik ist unbedingte Voraussetzung für ihren Weiterbetrieb.

Weitere wichtige Punkte sind für die SPD:

- Förderung von Prozessen und Verfahren, bei denen Reststoffe weitgehend vermieden werden
- abgestimmte Abfallwirtschaftskonzepte mit Berlin
- Kontrolle über die Abfallströme – Verhindern von „Müllkriminalität“
- Errichtung von Recyclinganlagen in Brandenburg
- sensible Errichtung und Betreibung von Sonder- und Monodeponien
- Unterstützung der Kommunen bei der Lösung ihrer Altlastenprobleme, insbesondere bei militärischen Liegenschaften
- Vergabe entsprechender Forschungsaufträge durch das Land für physikalische, chemische und biologische Vorbehandlung von Reststoffen.

**D**ie Erhaltung und Entwicklung hochwertiger Lebensräume und relativ naturnaher Landschaften ist angesichts des großen Siedlungsdrucks, besonders der Großstadt Berlin, des steigenden Verkehrsaufkommens und des zunehmenden Tourismus für die SPD in Brandenburg ein besonders wichtiges Anliegen.



Das **Naturschutzprogramm** der SPD Brandenburg geht von einem ganzheitlichen Ansatz aus, der das Gesamtgefüge von Natur und Gesellschaft im ganzen Landesraum umfaßt und Schutz und Nutzung dauerhaft miteinander verbindet. Er gründet sich auf das von uns entscheidend beförderte Brandenburgische Naturschutzgesetz.

Die Funktionsfähigkeit der Biosphäre im Bereich des Landes Brandenburg muß durch die Bewahrung der Natur- und Kulturlandschaften und die Wiederherstellung geschädigter und belasteter Landschaften gesichert werden. Wir wollen Verfahren und Modelle umwelt- und landschaftsverträglicher Landnutzung für den Aufbau eines ökologischen Wirtschaftssystems in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei, aber auch für den Tourismus fördern.

Zur Umsetzung dieser Ziele ist das Schutzgebietsystem als Kernstück und Instrument unserer Naturschutzpolitik unverzichtbar. Das Schutzgebietsystem ist als Komplex von Großschutzgebieten zu entwickeln, die über einen Biotopverbund untereinander und mit den europäischen Schutzgebieten in Verbindung stehen. Großflächige Sanierungsgebiete wie Bergbaufolgelandschaften und die Truppenübungsplätze werden einbezogen. 1% der Landesfläche sollen Totalreservat, mindestens 10% Naturschutzgebiet und 30% Landschaftsschutzgebiet werden.

**D**ie Instrumentarien der Landschaftsplanung, der Eingriffsregelung, des Artenschutzes und des Biotopmanagements werden zur flächendeckenden Umsetzung der Ziele des Naturschutzes angewendet.

Dem Artenschutz fühlen wir uns besonders verpflichtet. Wo Großtrappe und Kranich, Seeadler und Schwarzstorch, Fischotter und Biber heimisch sind, müssen wir aus internationaler Verantwortung deren Lebensgrundlagen sichern.

Alle Handlungsfelder des Umweltschutzes sind wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung für unsere Gesellschaft durch die Forschung zu begleiten.

Die Tätigkeit der Naturschutz- und Umweltverbände in Brandenburg wird von uns unterstützt und gefördert.

**A**lle Bemühungen um die Sicherung der Lebensgrundlagen werden letztlich nur erfolgreich sein, wenn sie von allen Schichten der Bevölkerung mitgetragen werden. Deshalb ist eine umfassende Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit für die Entwicklung eines umweltbewußten Verhaltens von entscheidender Bedeutung.

## Verkehrsplanung statt Verkehrschaos für eine gesteuerte Verkehrsentwicklung

Nach allen Prognosen wird der europaweite Verkehr in den nächsten Jahren erheblich zunehmen. Im Land Brandenburg kreuzen sich die internationalen West-Ost- und Nord-Süd-Achsen im Verkehr Westeuropa-Osteuropa und Skandinavien-Südosteuropa. Wir brauchen im Land Brandenburg eine **integrierte Verkehrsentwicklungsplanung**, die die Verkehrswege Schiene, Straße, Wasser und Luft miteinander verknüpft und eine sozialverträgliche und dem Land angemessene Verkehrsentwicklung ermöglicht.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, besteht im Land Brandenburg ein dichtes Grundnetz von Verkehrswegen. Diese befinden sich jedoch überwiegend in einem schlechten Zustand und beeinträchtigen damit die Verkehrssicherheit. Die vorhandene Verkehrsinfrastruktur muß dringend weiter modernisiert werden. Die SPD in Brandenburg gibt der Instandsetzung und dem verkehrssicheren Ausbau des vorhandenen Verkehrsnetzes Vorrang vor dem Neubau und dabei dem stadterhaltenden umweltverträglichen öffentlichen Personennahverkehr vor dem Individualverkehr, dem Schienenverkehr mit einem neu geordneten Regionalbahnkonzept Vorrang vor dem Straßenverkehr.

Landschaftsräume müssen geschützt und die Zerstörung von Stadt- und Siedlungsräumen muß durch die Sicherung eines Mindestangebotes an öffentlichem Verkehr – auch in dünn besiedelten und wirtschaftlich schwach entwickelten Gebieten – verhindert werden. Um diese Ziele zu erreichen, muß der **öffentliche Personennahverkehr** attraktiver werden.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) hat nicht nur im Ballungsraum Berlin eine wesentliche Bedeutung, sondern auch in der Fläche. In Ballungsgebieten hilft der öffentliche Personennahverkehr dabei, zu einer umwelt- und städtebaulich verträglichen Organisation des Verkehrs zu finden. In der Fläche kommt dem öffentlichen Personennahverkehr eine starke soziale Funktion zu, da er dort den Personenkreisen, die, aus welchen Gründen auch immer, nicht selbst in der Lage sind, Individualverkehrsmittel zu führen, Mobilität ermöglicht.

Die Straßenbahnen sind ein ökologisch wertvolles Verkehrsmittel, welches einer besonderen Unterstützung bedarf. Durch eine sozial gerechte Tarifgestaltung und die Bereitstellung behinderten- und seniorengerechter Busse und Bahnen muß der ÖPNV für alle Bevölkerungsgruppen nutzbar sein. Wir wollen ein einheitliches Tarifsystems für Berlin und Brandenburg schaffen. Ein Tarif- und Verkehrsverbund ist ein wichtiges Mittel, um Verbindungen zum Regionalbahnverkehr attraktiver zu machen.

Im Regionalverkehr ist eine völlige Neuorientierung vorzunehmen. Wesentlicher Inhalt des **Brandenburger Regionalbahnkonzeptes** ist es, einen attraktiven Schnellverkehr mit kurzen Zeitabständen zu schaffen. Der Fahrzeugpark muß komplett erneuert werden und durch die Ausstattung mit neuen, modernen Fahrzeugen mit zeitgemäßem Komfort muß zusätzlich für die erforderliche Attraktivität gesorgt werden. Die Fahrzeuge sollen eine Höchstgeschwindigkeit von 160 km/h erreichen sowie energiesparend sein, um sowohl einen Beitrag zum Umweltschutz als auch zur Wirtschaftlichkeit zu leisten.

Der auf der Schiene innerhalb von 40 bis 60 Minuten von der Innenstadt von Potsdam/Berlin aus erreichbare Bereich läßt sich mit modernem Schnellbahnverkehr enorm ausdehnen. Für den einzelnen Haushalt im Land Brandenburg steigt die Zahl der theoretisch erreichbaren Arbeits- und Ausbildungsplätze bei Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel so auf ein Mehrfaches.

Für die notwendigen Streckenausbauten sind die vorhandenen Finanzierungsmöglichkeiten des Bundes in enger Abstimmung mit der für das Netz verantwortlichen Deutschen Bahn AG gezielt auch zugunsten des Regionalverkehrs auszus schöpfen. Die Lücken in den bestehenden Verkehrsnetzen zwischen Brandenburg und Berlin sind schnellstmöglich zu schließen, insbesondere im S-Bahnnetz.

Für den Betrieb in der geforderten Qualität soll zunächst die Deutsche Bahn als Partner gewonnen werden. Ist die DB nicht bereit oder in der Lage, die nötigen Investitionen in einen modernen Fahrzeugpark unter Berücksichtigung der Industrie des Landes Brandenburg vorzunehmen und einen wirtschaftlichen Betrieb zu organisieren, sollen andere Anbieter von Schienenfahrzeugleistungen zum Zuge kommen.

Das Land soll mit der Regionalisierung des Schienenpersonennahverkehrs für die Bestellung des landesübergreifenden Expressverkehrs verantwortlich bleiben; dazu ist der Aufbau einer geeigneten Bestellerebene unter Berücksichtigung des künftigen Verkehrsverbundes notwendig. Für den ergänzenden Regionalbahnverkehr auf lokaler Ebene sollen die Landkreise Verantwortung übernehmen, wobei sie einen angemessenen Teil der Finanzmittel im Rahmen der Regionalisierung erhalten sollen.

Für den Fahrgast soll in möglichst weiten Teilen des Landes Brandenburg ein einheitliches Tarifsystem unter Einbeziehung des gesamten öffentlichen Personennahverkehrs erreicht werden.

**A**uch als Grundlage für den öffentlichen Personennahverkehr ist die Instandsetzung von Straßen von großer Bedeutung. Der Radwegbau muß verstärkt gefördert werden. Die Alleen sind eines der charakteristischen, landschaftsprä-

genden Markenzeichen des Landes Brandenburg. Die SPD legt besonderen Wert auf den Erhalt und die Pflege dieses für Brandenburg einmaligen Natur- und zugleich Kulturerbes.

Das Land Brandenburg wirkt darauf hin, den Transitverkehr von der Straße konsequent schrittweise auf die Schiene zu verlagern. Wir wollen Güterverteilzentren zur Optimierung und Vermeidung von Verkehr errichten. Die Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Eisenbahn und Wasserstraße hat Priorität.

**D**arüber hinaus fordern wir die bessere Ausnutzung der Transportkapazität der Wasserwege für den Massengüterverkehr und die bessere Anbindung an die Schiene. Der Ausbau der Binnenhäfen in Brandenburg ist eine Voraussetzung für die Steigerung des Gütertransportes auf den Binnenwasserstraßen von heute 3% auf 10 – 12%.

Die SPD setzt sich ein für einen internationalen **Großflughafen** in Brandenburg im Süden von Berlin, der an den öffentlichen Verkehr gut angebunden ist. Der Luftverkehr ist auf internationale Verbindungen zu konzentrieren.



■ ■ Straßenbahnen in Frankfurt/Oder

## **Wissenschaft, Forschung und Technologie** **Investitionen in die Zukunft**

**L**eistungen auf den Gebieten **Wissenschaft, Forschung und Technologie** sind für Deutschland **wesentliche Standortfaktoren**, die über unsere wirtschaftliche und sozialpolitische Position im internationalen Wettbewerb mitentscheiden. Die Errichtung und der Ausbau von Hochschulen und Forschungsinstituten sowie eine wirksame Technologieförderung sind deshalb wichtige Instrumente der Landesstrukturpolitik.

Ministerpräsident Manfred Stolpe hat mit seiner Regierungserklärung vom Dezember 1990 eine mutige politische Entscheidung für den Auf- und Ausbau der brandenburgischen Wissenschaftseinrichtungen getroffen. Brandenburg war zu dieser Zeit das Land mit den wenigsten Hochschulen und Studenten. Die ehemaligen Akademieinstitute der DDR mußten in neue Forschungsstrukturen übergeleitet werden. Mit den alten Industriestrukturen verschwand auch weitgehend die industriennahe Forschung. Am Ende der ersten Legislaturperiode – 1994 – gibt es im Land Brandenburg drei neue Universitäten, die Hochschule für Film und Fernsehen, fünf neue Fachhochschulen sowie über 20 Forschungseinrichtungen.

**D**ie Grundlage für die Neuordnung und den Aufbau des Hochschulwesens bildet das im Mai 1991 einmütig – bei einer Stimmenenthaltung – beschlossene Brandenburgische Hochschulgesetz. Das Gesetz stärkt die Selbstverwaltungsrechte der Hochschulen und schränkt die Aufsichtsbefugnisse des Staates deutlicher als alle anderen Landeshochschulgesetze ein. Die Mitbestimmungsregelungen für die Hochschulen und die Studentenwerke schöpfen den durch das Hochschulrahmengesetz des Bundes eröffneten Spielraum aus. Die Stellung der Fachhochschulen wird durch das Gesetz verbessert; sie haben einen gesetzlich garantierten Auftrag zur angewandten Forschung.

Eine besondere Bedeutung kommt der Zusammenarbeit von Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu, die im Land Brandenburg weiter entwickelt ist als in allen anderen Ländern; sie bezieht sich auf gemeinsame Berufungen der leitenden Wissenschaftler, auf die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses und auf die Kooperation in der Forschung und in der Lehre.

**A**uf dem Gebiet der **Technologieförderung** sind erste Erfolge zu vezeichnen, z.B. die Errichtung der Technologie- und Innovations-Agentur Brandenburg GmbH (T.I.N.A.) und die Gründung von Technologietransferstellen durch Wissenschaftseinrichtungen. Die Technologieförderprogramme und -instrumente werden den Anforderungen allerdings noch nicht in vollem Umfang gerecht. Die Grundlagen für die brandenburgische Wissenschafts-, Forschungs- und Techno-



logiepolitik erforderten insgesamt eine gewaltige, aber notwendige Leistung. Die Entwicklung wurde durch die SPD maßgeblich geprägt.



■ Diskussionsteilnehmer auf dem Programmforum in Ludwigsfelde

■ n der kontinuierlichen Fortsetzung dieser Politik ergeben sich für die zweite Legislaturperiode folgende Zielstellungen der SPD:

- Jede im Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiebereich ausgegebene Mark ist als eine **Investition in die Zukunft** anzusehen. Das muß auch in einer Zeit finanzieller Engpässe im Haushalt sichtbar werden.
- Vorrang muß die weitere Stabilisierung der neugeschaffenen Wissenschafts- und Forschungsstrukturen im Land Brandenburg haben, um die erste Aufbauphase abzuschließen. Wichtig ist dabei der Beitrag der Wissenschaftseinrichtungen für die Entwicklung von innovativen Mittelstandsbetrieben. Die Bereiche Wissenschaft, Forschung und Technologie sind in einem abgestimmten, schlüssigen Entwicklungskonzept zusammenzufassen; notwendig sind dafür qualitativ und quantitativ verbesserte **Technologie- und Forschungsförderungsprogramme**, die mehr als bisher Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen in die Programmgestaltung und -durchführung einbeziehen.
- Die Einführung neuer Studiengänge und Forschungsschwerpunkte an den bestehenden Wissenschaftseinrichtungen sowie die Gründung von zwei bis drei neuen Fachhochschulen vor allem im Norden Brandenburgs, die Impulse

für die Regionalentwicklung geben, sind vorzubereiten. Neugründungen von Forschungseinrichtungen müssen in Abstimmung mit den Hochschulen, insbesondere im Raum Frankfurt/Oder und in der Niederlausitz, erfolgen. Die enge **Kooperation zwischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen** ist auf allen Ebenen zu fördern. Die Planung und Umsetzung von Bauvorhaben der Wissenschaftseinrichtungen ist zu beschleunigen; dabei sind verschiedene Modelle zu erproben (Wissenschaftsbau GmbH, Beauftragung von Unternehmen usw.).

- Die **sozialen Belange der Studierenden** sind zu sichern. Dazu gehört eine verbesserte Studienförderung nach dem BAFöG, eine ausreichende Versorgung mit Wohnraum und die Unterstützung der studentischen Selbstverwaltung an den brandenburgischen Hochschulen.
- Die finanziellen Mittel des Bundes für die Hochschulen, die Forschungseinrichtungen und die Technologieförderung sind auf den nach der Wiedervereinigung – vor allem für die Aufbauaufgaben in Ostdeutschland – notwendigen Umfang zu erhöhen; erforderlich sind dafür u.a. jährliche Bundesleistungen für den Hochschulbau in Höhe von mindestens 2,3 Milliarden DM, höhere Mittel für die Hochschulerneuerung und für den Studentenwohnraumbau sowie eine deutliche Steigerung der Mittelansätze für die Forschungs- und Technologieförderung. Eine gesamtdeutsche Evaluierung des Wissenschafts- und Forschungsbereichs soll die Grundlage für die notwendige Neuordnung der überregionalen Finanzierungsinstrumente bilden. Das **Hochschulrahmengesetz** des Bundes ist zu **novellieren**, um dadurch den Handlungsspielraum der Hochschulen zu erweitern. Damit können auch die Voraussetzungen für eine Strukturreform an den Hochschulen (Studienstruktur, Selbstverwaltung) verbessert werden.

# Soziales, Gesundheit, Familie und Senioren

## für ein sicheres soziales Fundament

In Ostdeutschland nimmt immer noch die Zahl der Menschen zu, die auf Sozialhilfe angewiesen sind. Für jeden einzelnen bedeutet dies eine Ausgrenzung aus dem Erwerbsleben und eine Zurücksetzung in der Gesellschaft. Aber auch die Kommunen und Bundesländer als zuständige Sozialhilfeträger bringt dies an den Rand der finanziellen Handlungsfähigkeit. Dies ist das Ergebnis der verfehlten und ungerechten Sozialpolitik der Bundesregierung.

Niemand sollte zum Sozialfall werden, weil die Rente nicht ausreicht. Wir begrüßen und unterstützen die Forderung der Bundes-SPD, eine steuerfinanzierte **Mindestsicherung** einzuführen, deren erster Schritt eine Mindestrente sein soll. Mit dem zweiten Schritt sollten Alleinerziehende und Empfänger von Arbeitslosenhilfe eine Mindestsicherung erhalten. Die neu zu schaffende Mindestsicherung soll schrittweise in das vorhandene Einkommenssteuer- und Sozialversicherungssystem eingebaut werden.

Die Probleme unseres Landes sind nur in einer Solidarität der Generationen lösbar. Gemeinsame politische Gestaltung ist gefragt. Deshalb heißt **Seniorpolitik** für uns: Politik für und mit älteren Menschen mit dem Ziel, ihnen ein selbstbestimmtes und nach Möglichkeit selbstgestaltetes Leben in Würde, Sicherheit und Geborgenheit zu ermöglichen. Das ist das mindeste, was wir für diejenigen tun wollen, die viele ihrer Lebensziele und Zukunftsträume nicht verwirklichen konnten. Weltkriege, Hunger, Flucht, Entbehrungen durchkreuzten ihre Pläne. Sie bauten auf, arbeiteten schwer und fürchten jetzt, auf die Verliererseite zu geraten. Diesen Menschen ihren Lebensabend zu sichern ist uns besondere Verpflichtung.

Die SPD im Land Brandenburg will, daß ältere Menschen in ihrer gewohnten Umgebung leben können. Wir setzen uns dafür ein, daß die bisher 137 Sozialstationen weiterhin aus Landesmitteln gefördert werden. Ehrenamtliche Tätigkeit und die Selbsthilfe von Seniorinnen und Senioren, insbesondere durch das Förderprogramm „55 aufwärts“, finden auch weiterhin unsere Unterstützung. Wir wollen Hilfsbedürftigen die Sorgen um die Bewältigung des Alltags nehmen. Die Kapazitäten der hauswirtschaftlichen sowie der ambulanten gesundheits- und sozialpflegerischen Dienste sollen ausgebaut werden.

Die SPD im Land hat begonnen, eine soziale Politik für Brandenburg zu gestalten, die den älteren, schwachen und hilfebedürftigen Bürgerinnen und Bürgern ein würdiges Leben sichert. Das Ziel sind konkrete Verbesserungen der Lebenssituation für alte Menschen in Heimen und Pflegeeinrichtungen, die über Jahrzehnte vernachlässigt wurden.

Die SPD setzt dabei folgende Schwerpunkte:

- Das Bauprogramm für Altenpflegeheime kommt in seine wichtigste Phase. 167 Altenpflegeheime sollen voll saniert oder neu gebaut werden und für ca. 10.000 alte Menschen, die besonders schwer pflegebedürftig sind, einen guten Lebensrahmen bieten.
- Unterstützung der Errichtung und Umbau von Altenwohnheimen und altersgerechten Wohnungen.
- Ausbau ambulanter Betreuungsmöglichkeiten in ausreichender Zahl und bedarfsgerechter Qualität, um alten Menschen möglichst lange den Verbleib in gewohnter Umgebung zu ermöglichen.

Im Zusammenhang mit der Pflegeversicherung bestehen derzeit für viele Betroffene noch Unübersichtlichkeiten und Unklarheiten. Die Brandenburger SPD erwartet von der Landesregierung, daß sie ihre Planungsverantwortung in vollem Umfang wahrnimmt und im übrigen als Moderatorin alle Beteiligten (Pflegekassen, Kommunen, Krankenkassen, Freie Wohlfahrtspflege, Gewerliche) an einen Tisch bringt, um Lösungen zu erarbeiten, die für die betroffenen alten Menschen gut sind.

**D**ie gesellschaftliche **Eingliederung behinderter Menschen** und die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen sind Aufgaben, die in der heutigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruchsituation besonders gefördert werden müssen. Gesetzgebung und Verwaltung, Verbände und Kommunen – aber auch Unternehmer und Gewerkschaften – tragen dafür die Verantwortung, daß die Belange von Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden. Sozialversicherungsträger, Krankenkassen und die Bundesanstalt für Arbeit sind wichtige Partner, um ein funktionierendes System der medizinischen, beruflichen und sozialen Rehabilitation auszubauen.

Brandenburg hat als erstes von den neuen Bundesländern einen **Behindertenbeauftragten** ernannt, der die Arbeit der Landesregierung für die Behinderten durch geeignete eigene Initiativen befördert. Wir unterstützen auch die Einstellung von Behindertenbeauftragten in den Kreisen und kreisfreien Städten.

Die SPD sieht folgende Schwerpunkte in der Politik für und mit Behinderten:

- Förderung und Modernisierung von behindertengerechten Wohnungen
- Einrichtung von behindertengerechten Arbeitsplätzen und konsequente Berücksichtigung bei Bewerbungen von Behinderten

- Die Ausgleichsabgabe pro Monat und unbesetztem Pflichtplatz ist zu erhöhen, mindestens auf 400 DM
- Aufnahme eines Benachteiligungsverbotes im Artikel 3 des Grundgesetzes
- Regionalplanung Wohnstätten für Behinderte zur Schaffung eines bedarfsge- rechten Netzes von Versorgungsstrukturen für Menschen mit Behinderungen
- Förderung und Modernisierung von Behindertenheimen mit dem Ziel eines differenzierten Wohnangebotes für alle geistig, psychisch und mehrfach- behinderten Menschen; z.B.: betreutes Einzelwohnen, therapeutische Wohn- gruppen, Übergangswohnheime
- Aufrechterhaltung des Angebots an Sonderkindergärten, Integrations-Kinder- tagesstätten und -Schulen
- Förderung von Berufsbildungswerken, um jungen Behinderten eine moderne Berufsausbildung zu ermöglichen
- Unterstützung der geplanten Einrichtung eines Berufsförderungswerkes für behinderte Erwachsene
- Förderung von Behindertenwerkstätten
- Blinde und Sehgeschädigte sowie Hör- und Sprachgeschädigte sollen in Einrichtungen ausgebildet und umgeschult werden, die ihren Behinderungen gerecht werden
- Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von Einrichtungen für behinderte und chronisch Kranke im Bereich der medizinischen Rehabilitation.

Seit 1991 wird die Beschäftigung von schwerbehinderten Arbeitnehmern und deren Betreuern in „Geschützten Abteilungen“ in Betrieben durch das Land Bran- denburg gefördert. Mit dieser bisher in den alten und neuen Bundesländern einmaligen Maßnahme wird eine Lücke zwischen dem allgemeinen Arbeitsmarkt und den Werkstätten für Behinderte geschlossen.

Darüber hinaus setzt sich die Brandenburger SPD für eine behindertengerechte Ausstattung von Arbeitsplätzen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens ein, um eine bessere Integration der Behinderten zu erreichen.

**D**ie **Gesundheitspolitik** Brandenburgs hat über die Landesgrenzen hinaus in vieler Hinsicht Vorreiterfunktionen. Mit der Weiterentwicklung bewährter positiver Elemente des DDR-Gesundheitswesens haben wir in Brandenburg eine zukunftsweisende Entscheidung getroffen. Zum Beispiel wurden ehemalige Polikliniken und Ambulanzen in wirtschaftlich arbeitende **Gesundheitszentren** umgewandelt. Sie tragen im Verein mit niedergelassenen Ärzten die ärztliche Versorgung.

Auch künftig wird die SPD die Modernisierung des Gesundheitswesens in Brandenburg vorantreiben. Wichtige Ziele sind:

- Aufbau des Betreuungsdienstes für chronisch Kranke (u.a. für Diabetiker, Rheumatiker, Krebskranke, Lungen- und Atemwegskranke)
- Modernisierung der stationären Versorgung und Öffnung der Krankenhäuser für ambulante Leistungen
- Stärkung der ambulanten Rehabilitation sowie der Integration sozialer und medizinischer Betreuungsformen
- Weiterführung des Landesprogramms „Aufbruch Psychiatrie“ (u.a. Einrichtung von Koordinatorenstellen bei Kommunen, Förderung sozialpsychiatrischer Dienste)
- Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes (vor allem Koordinationsaufgaben, Gesundheitsberichterstattung, Beratung)
- Entwicklung von Programmen zur Gesundheitsaufklärung (in Zusammenarbeit mit Krankenkassen, Kommunen und Ärzten).

Die SPD wird sich ganz entschieden allen Versuchen widersetzen, die soziale Krankenversicherung durch einen weiteren Ausbau der Selbstbeteiligung der Patienten oder die Rationierung medizinischer Leistungen auszuhöhlen. Statt dessen treten wir dafür ein, die Qualität und die Wirtschaftlichkeit des Gesundheitswesens durch eine patientenorientierte Kooperation der medizinischen Versorgungseinrichtungen sowie deren Verzahnung mit sozialen Betreuungseinrichtungen zu verbessern.

**D**ie SPD im Land Brandenburg unterstützt neben ihrer sozial verpflichteten Politik für **Familien** auch andere, Gleichbehandlung einfordernde Lebensgemeinschaften. Sowohl nichteheliche, gleichgeschlechtliche als auch andere Lebens- und Wohngemeinschaften verdienen unseren Schutz und müssen vor Diskriminierungen bewahrt werden.

Kinder bereichern unser aller Leben und sichern den Fortbestand unserer Gesellschaft. Wir Sozialdemokraten wollen nicht, daß Kinder für die betroffenen Familien weiterhin Armutsrisiko Nummer eins sind. Wir setzen uns daher für einen gerechten Familienlastenausgleich ein, für familiengerechte Wohnungen und Wohnumfeldbedingungen.

Die SPD im Land Brandenburg will Alleinerziehenden gleiche Chancen in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt ermöglichen. Selbsthilfverbände und -gruppen Alleinerziehender werden in Brandenburg finanziell unterstützt.

Entsprechend unserem Kita-Gesetz wird auch weiterhin jedem Kind in Brandenburg ein Platz in Krippe, Kindergarten oder Schulhort zu sozial gestaffelten Preisen zur Verfügung stehen, wenn die Eltern dies wünschen.



**Im Kreise der Lieben**

# Bildung und Schule

## mehr als nur Lernen

**S**chule ist nicht nur eine Stätte des Fachunterrichts, sondern ein Ort, wo gelacht und geweint, gestritten und zugestimmt, verloren und gewonnen wird, kurz: wo gelebt wird. Offene und projektorientierte Unterrichtsformen, selbständiges und soziales Lernen in der Gemeinschaft sind Bestandteile einer ganzheitlichen Bildung. Die Achtung des Individuums und die Entwicklung seiner sozialen Kompetenz sind gleichermaßen notwendig. Das Ziel demokratischer Bildungspolitik ist **Chancengleichheit** für alle. Kindern und Jugendlichen muß der Zugang zu allen Bildungsgängen offenstehen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, der Entwicklung der Schülerzahlen und der regionalen Struktur.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- möglichst kurze Schulwege – auch im ländlichen Raum; eine soziale Gestaltung der Schülertransportkosten; eine weitgehende Lernmittelfreiheit
- integrative Förderung von Schülern mit Behinderungen, sozialen und anderen Benachteiligungen in allen Schulstufen; Förderschulen sind nur für die Kinder einzurichten, die in den Regelschulen nicht optimal gefördert werden können.

**L**ernen ist ein subjektiver Vorgang, der vor allem dann gelingt, wenn Lernende ihre Lernprozesse mitgestalten. Seit 150 Jahren funktioniert Schule nach dem gleichen Modell. Der Staat schreibt Stundentafeln vor, die in der Schule in starre Stundenpläne umgesetzt werden. Mit diesen Lehrplänen wird der Versuch unternommen, Kindern Inhalte in verschiedenen Fächern - meist ohne konkrete Bezüge zum wirklichen Leben - zu vermitteln. Dies muß sich ändern. In der Grundschule, aber auch in der Sekundarstufe I, sind in weiten Bereichen die Stundentafeln zugunsten von Lernbereichen aufzulösen, wo Schulen dazu über die sächlichen und personellen Voraussetzungen verfügen und die Schulkonferenzen darüber entscheiden. In der organisatorischen Gestaltung sollen die Schulen weitgehend eigenverantwortlich tätig werden. Die inhaltlichen Rahmenbedingungen für Lernbereiche müssen eine Vergleichbarkeit der Abschlüsse gewährleisten.

Ausgehend von der durch das 1. Schulreformgesetz geschaffenen Schulstruktur soll ein behutsamer, aber deutlich sozialdemokratisch geprägter Entwicklungsprozeß in der Bildungspolitik eingeleitet werden, der die innere Reform des Schulwesens zum Ziel hat. Dabei wird es darum gehen, die Veränderungen durch die Stärkung und Entwicklung der demokratischen Mitwirkungsgremien an der Basis und nicht auf dem Verordnungswege auszulösen.



Die stärkere **Eigenverantwortlichkeit der Schulen** im Umgang mit Finanzmitteln und im Personalbereich ist anzustreben. Dies führt zu einer stärkeren Identifikation mit der eigenen Arbeit, zu einer Veränderung des Lernklimas, einer Entwicklung von Teamfähigkeit, einem Kreativitätszuwachs und einer Verbesserung der Lernmotivation. Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, Kinder und Jugendliche besser auf die Anforderungen der modernen Industriegesellschaft vorzubereiten.

**D**ie **berufliche Bildung** als eine Säule der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes ist im künftigen Schulgesetz stärker zu berücksichtigen. Die Wechselwirkung zwischen regionaler Wirtschaftsentwicklung und der Qualifizierung von Fachkräften in Betrieb und Schule ist in der derzeitigen Lage des Landes von besonderer Bedeutung. Das Konzept der Oberstufenzentren als regionale Qualifizierungszentren verstärkt die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen.

Im Angebot aller Bildungsgänge der **Sekundarstufe II** wird die Möglichkeit geschaffen, berufliche und allgemeinbildende Abschlüsse und Berechtigungen zu erreichen. Der Zugang zu Fachhochschulen und wissenschaftlichen Hochschulen für entsprechend beruflich Qualifizierte ist zu ermöglichen. Alle Bildungsgänge, die gleichzeitig berufliche und schulische Berechtigungen ermöglichen, sind auszubauen. Die Fachschulen als Bildungsgang an Oberstufenzentren sind als einziges schulisches Weiterbildungsangebot in der beruflichen Bildung besonders zu entwickeln. Die damit gegebenen Möglichkeiten einer beruflichen Aufstiegsqualifizierung sind systematisch auszubauen.

Der Neu- und Ausbau der **Oberstufenzentren** in den nächsten Jahren muß als Teil der Entwicklung der regionalen Wirtschaftsstruktur gesehen und deshalb entsprechend in die Förderung aus EG- und Landesmitteln einbezogen werden.

Dem **dualen System der Berufsausbildung**, der Partnerschaft von Ausbildungsbetrieb und Schule, kommt eine besondere Bedeutung zu. Die Schaffung betrieblicher Ausbildungsplätze ist entscheidend, allein sie bieten eine Gewähr für eine Orientierung an der regionalen Wirtschaftsentwicklung und verringern das Risiko einer Fehlentwicklung.

**A**uf der Basis des 1. Schulreformgesetzes hat sich inzwischen eine **Schulstruktur** in Brandenburg gebildet, die weiterentwickelt werden muß.

Die **Grundschule** in Brandenburg wird auch in Zukunft ein wohnortnahes Schulangebot bleiben, auch in Regionen mit geringer Besiedlungsdichte. Deshalb müssen Organisationsformen des Unterrichts entwickelt werden, die auch in relativ kleinen jahrgangsübergreifenden Lerngruppen eine hohe pädagogische Qualität sichern. Die Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf und von nichtdeutschsprachigen Kindern ist zu fördern.

An der 6-jährigen Grundschule wird festgehalten, weil sie eine Chance für kindgerechte Lernformen bietet, die zudem in Regionen geringer Besiedlungsdichte den Erhalt von Standorten ermöglicht. Zur Zeit besteht die Grundschule aus den Elementen der klassischen vierjährigen Grundschule und den ersten beiden Jahren der Sekundarstufe I weitgehend ohne ein verbindendes methodisch-didaktisches Konzept. Die Lernbereichs- und Fächergestaltung ist so zu entwickeln, daß es zu einer schrittweisen Ausdifferenzierung fachlicher Lernprozesse kommt, die die Chancen der 6-jährigen Schulform nutzen.

Kinder, für die der Übergang vom Kindergarten in die Schule Schwierigkeiten erwarten läßt, sollen in Abstimmung mit den Eltern in der Eingangsklasse durch eine besondere Förderung die Möglichkeit der zeitlichen Streckung des Anfangsunterrichts erhalten.

Bei der Entscheidung über die Wahl der weiterführenden Schule bleibt das **Elternrecht** ausschlaggebend. Durch eine qualifizierte, individuelle Beratung im Verlauf der Grundschulzeit sind die Eltern über die schulische Entwicklung ihrer Kinder zu informieren.

**D**ie SPD im Land Brandenburg hält die **Gesamtschule** für eine geeignete Schulform, um begabungsgerechte und sozial anspruchsvolle Förderung aller Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten. In den nächsten Jahren soll insbesondere die Entwicklung neuer pädagogischer Konzepte und Organisationsformen für den Unterricht gefördert werden, die im Anschluß an die Praxis des Grundschulunterrichts eine begabungsgerechte Förderung aller Schüler auch in relativ kleinen Schulen ermöglicht. Eine Öffnung der Unterrichtsorganisation zur Bildung von Lerngruppen in Lernbereichen ist ein Weg, der zunächst in einem Schulversuch im ländlichen und im städtischen Umfeld erprobt wird.

Zur Gewährleistung gleicher Bildungschancen wird an der 10-jährigen Vollzeiterschulpflicht festgehalten. Die Schulstruktur ist dabei so zu entwickeln, daß unabhängig von der Besiedlungsdichte alle Abschlüsse der **Sekundarstufe I** von jedem Jugendlichen erreichbar sind. Der Übergang in die Sekundarstufe II ist in einer Weise flexibel zu gestalten, die in der 10. Klasse neben einer verstärkt beruflich orientierten Bildung auch eine bessere Vorbereitung auf die veränderten unterrichtsorganisatorischen und inhaltlichen Bedingungen ermöglicht.

**W**ir halten an dem jetzigen Schulangebot Gesamtschule, Realschule und Gymnasium fest. In der **Sekundarstufe II**, in den **gymnasialen Oberstufen an Gymnasien, Gesamtschulen** und an den **Oberstufenzentren** ist das Ziel, die allgemeine Studierfähigkeit entsprechend den heutigen Anforderungen zu erreichen. Bestandteil des Bildungsziels sind dabei in verstärktem Maße auch Schlüsselqualifikationen, die den Erfordernissen der Arbeitswelt entsprechen und

für die Standortbestimmung in der Gesellschaft unverzichtbar sind. Verantwortungsbereitschaft, Teamfähigkeit, Toleranz und Mobilität sind Eigenschaften, die im Zusammenhang fachlicher und sozialer Kompetenz zu entwickeln sind. Gymnasiale Oberstufen müssen so in die Schulentwicklungsplanung einbezogen werden, daß Eltern, Schülerinnen und Schüler schon in Klasse 7 Klarheit darüber haben, welche gymnasiale Oberstufe für sie erreichbar sein wird. Eine Zusammenarbeit der gymnasialen Oberstufen mit allen Schulen der Sekundarstufe I in ihrem Einzugsbereich ist zwingend erforderlich.

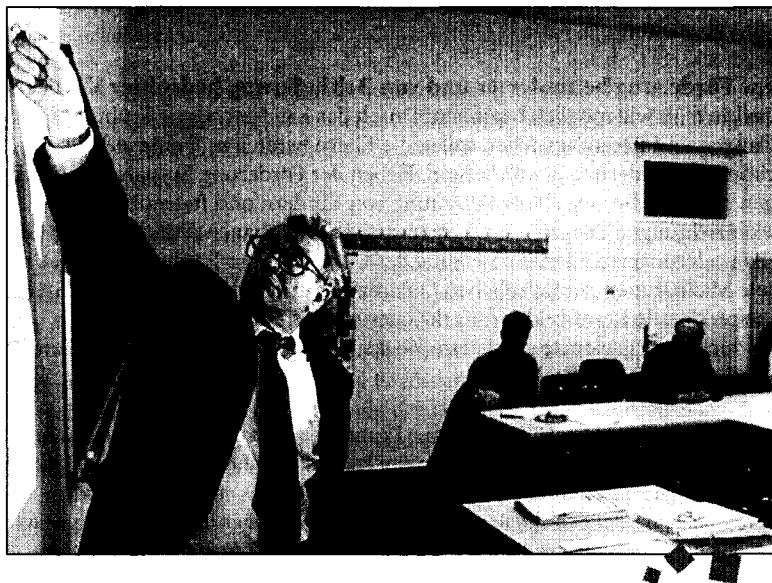
Der Diskussionsprozeß um **schulische Abschlüsse** in der Bundesrepublik muß neu belebt werden. Das Ziel dieser Diskussion ist nicht primär die Verkürzung der Schulzeit. Eine Verkürzung der Schulzeit, die allein finanziell begründet ist, wird von uns abgelehnt.

**E**ine **Förderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder** soll so früh wie möglich beginnen. Durch das Land getragene Frühförderrichtungen und Beratungsstellen sollen die Eltern beraten und eine individuell abgestimmte Förderung gewährleisten. Neben der Förderung in speziellen Einrichtungen ist dabei die ambulante Betreuung von Kindern und Jugendlichen, die in Regeleinrichtungen integriert sind, systematisch auszubauen. Für die Jugendlichen mit Behinderungen sind in Fortsetzung des Unterrichts an Förderschulen geeignete Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung zu schaffen. Geeignet sind dazu entsprechende Berufsbildungswerke oder in Fortführung der beruflichen Ausbildung auch geeignete geschützte Werkstätten, sofern eine berufliche Integration nicht erreicht werden kann.

**D**ie **Schulträgerschaft** liegt bei den Kommunen und Kreisen. Eine kreisabgestimmte Schulentwicklungsplanung hat dabei sicherzustellen, daß Konkurrenzsituationen zu Lasten eines ortsnahen Schulangebotes vermieden werden. Zur Finanzierung des Schulsystems werden die Schulträger in angemessener Weise durch das Land unterstützt. Schulen mit landesweiten Aufgaben sollen in der Trägerschaft des Landes geführt werden. Schulen in freier Trägerschaft können eine Bereicherung des Bildungsangebotes sein. Sie sind deshalb zu fördern, wobei sie allgemein anerkannten Bildungszielen des öffentlichen Schulwesens nicht widersprechen dürfen. Die **Schulentwicklungsplanung** ist eine Aufgabe der Schulträger, die verstärkt bei den Kreisen liegt. Die Bausubstanz der Schulen im Land Brandenburg erfordert für die nächsten Jahre umfangreiche finanzielle Unterstützung durch das Land. Daneben sind Bundes- und EG-Mittel optimal für diesen Bereich zu nutzen. Die **Schulaufsicht** befindet sich vollständig in Landeshoheit. Neben der obersten Schulaufsicht werden die staatlichen Schulämter bei den Kreisen und kreisfreien Städten als eigenständige nachgeordnete Einrichtungen der Landesregierung geschaffen.

**F**ortbildungsangebote müssen den Lehrerinnen und Lehrern ermöglichen, sich mit veränderten gesellschaftlichen Anforderungen an das Selbstverständnis und an die Methodik und Didaktik des Unterrichts auseinanderzusetzen. Die **Lehrerausbildung** des Landes findet für alle Lehrämter an den wissenschaftlichen Hochschulen statt. Dabei ist die Einheitlichkeit einer achtsemestrigen Ausbildung sicherzustellen.

Die Einführung des sogenannten **80%-Modells** für Lehrer im Land Brandenburg war seinerzeit eine Mut erfordernde Entscheidung und hat sonst unumgängliche Entlassungen verhindert. In dieser Hinsicht hat sie Modellcharakter auch für andere Arbeitsbereiche.



**D**er Weiterbildung kommt in Zeiten eines wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruchs eine besondere Bedeutung zu. Wir konnten im **Weiterbildungsgesetz** die Bildungsfreistellung als Rechtsanspruch festlegen. Ab 1. Januar 1996 haben Arbeitnehmer in Brandenburg einen Anspruch auf bezahlte Freistellung zur Teilnahme an Weiterbildungsveranstaltungen. Damit ist Brandenburg das einzige ostdeutsche Bundesland, das eine derartige Regelung festgeschrieben hat. Wir haben im Weiterbildungsgesetz eine Grundversorgung verankert, die es in der nächsten Legislaturperiode auszubauen gilt. Wir Sozialdemokraten treten für eine Trägervielfalt ein. Im Rahmen der Grundversorgung ist die Stellung der Volkshochschulen zu stärken.

# **Kinder und Jugendliche** **eine Zukunft in Brandenburg**

**K**inder brauchen Liebe und Zuwendung. Kinder brauchen Sicherheit. Kinder brauchen Zeit. Politik kann ihnen das nicht geben. Aber sie kann Rahmenbedingungen schaffen für eine kinder- und jugendgerechte Umwelt.

Die SPD in Brandenburg wird alles tun, um die Kinder vor umweltmedizinisch relevanten, schädlichen Einflüssen zu schützen. Durch präventive Studien werden diese relevanten Einflüsse frühzeitig erkannt, und an ihrer Verminderung wird konzentriert gearbeitet.

Kinder brauchen ihre eigene Welt. Sie brauchen Freiraum in unserer Gemeinschaft und Lebensraum auch in den Städten. Und sie brauchen vor allem Schutz vor psychischer und physischer Gewalt. Die SPD in Brandenburg wird sich darum in der kommenden Legislaturperiode mit folgenden Schwerpunkten für die Belange der Kinder einsetzen:

- Berücksichtigung der Belange von Kindern bei der Planung von Gebäuden, Radwegen und anderen Verkehrswegen und -mitteln
- Förderung der Kulturarbeit für Kinder und Jugendliche
- Einrichtung und Instandsetzung von Spiel- und Bolzplätzen.

Kinder brauchen die Gemeinschaft von Kindern. 1992 hat der Landtag das modernste **Kindertagesstätten** (Kita)-Gesetz Deutschlands verabschiedet. Das Gesetz regelt die Erziehung, Bildung, Betreuung und Versorgung der Kinder bis zum Ende der Grundschule in Kindertagesstätten und Tagespflege. Brandenburg ist das einzige Bundesland, in dem alle Kinder bis zum Ende der Grundschule einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz im Rahmen eines bedarfsgerechten Angebotes haben. Dieser Anspruch wird auch in Zukunft von uns garantiert.

**D**ie Brandenburger Jugendlichen wollen in unserer Region eine Zukunft haben. Sie wollen nicht gezwungen sein, ihre Heimat zu verlassen, um für sich eine gesicherte Perspektive zu finden. Durch den wirtschaftlichen Umbruch sind auch sehr viele betriebliche Ausbildungsplätze verlorengegangen. Die Landesregierung hat in den vergangenen Jahren große Anstrengungen unternommen, um trotzdem jedem Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anbieten zu können. Auch in den kommenden Jahren wird es noch nicht genügend betriebliche Ausbildungsplätze geben. Deshalb bleibt unser wichtigster Schwerpunkt in der **Jugendpolitik**, jedem Jugendlichen einen Ausbildungs-, Arbeits- oder Studienplatz und damit eine Perspektive in Brandenburg anbieten zu können. Jungen Brandenburgern, die vor 1990 ihre Ausbildung abgeschlossen haben und heute keine Chance mehr

am Arbeitsmarkt in ihrem erlernten Beruf haben, müssen verstärkt Umschulungs- und Fortbildungsangebote gemacht werden.

Ein wichtiges Element in der Jugendpolitik ist die **politische Bildung** für Jugendliche, um einen Beitrag zur Orientierung junger Menschen in einer schwer durchschaubaren Welt zu leisten und damit die neuen Herausforderungen besser bewältigen zu können. Außerschulische politische Bildungsarbeit wird in Brandenburg von freien und öffentlichen Trägern organisiert, die dabei auch weiterhin durch das Land unterstützt werden.

**D**ie SPD in Brandenburg betrachtet das Jugendalter als eine eigenständige Lebensphase. Deshalb wollen wir Möglichkeiten schaffen, die es jungen Menschen erlauben, selbstbestimmt zu leben.

Ein wichtiges Stück auf dem Weg in die persönliche Unabhängigkeit ist die erste eigene Wohnung. Hier können junge Heranwachsende wichtige und notwendige Erfahrungen mit selbstbestimmtem und eigenverantwortlichem Leben machen. Die Lösung der Wohnungsfrage für Jugendliche ist zwar Teil des allgemeinen Wohnungsproblems, es müssen aber unkonventionelle Wege beschritten werden, die es Jugendlichen erlauben, den Sprung in die Selbständigkeit zu schaffen. Insbesondere sollen durch spezielle Förderprogramme solche Wohnmodelle gefördert werden, in denen Jugendliche in Eigeninitiative versuchen, Wohnen, Arbeit und Freizeit zu integrieren.

Es gibt zur Zeit nur sehr wenige Ein-Raum-Wohnungen im Land, die als geeignete Wohnungen für Jugendliche dienen könnten, größere Wohnungen stehen Einzelpersonen aber nicht zu. Eine kreative und unkomplizierte Möglichkeit, Jugendlichen Wohnraum zu verschaffen, wäre das Zusammenlegen von Wohnberechtigungsscheinen zur Bildung von jugendlichen Wohngemeinschaften. Um das zu ermöglichen, wird eine SPD geführte Landesregierung eine Initiative im Bundesrat starten.

Die SPD in Brandenburg fördert die Entwicklung **integrativer Wohn- und Ausbildungsformen:**

- geschütztes Wohnen für Jugendliche in schwierigen physischen und/oder psychischen Lebensverhältnissen
- betreutes Wohnen mit dem Ziel, junge Menschen zu befähigen, selbständig und eigenverantwortlich zu leben
- integratives Wohnen: entwickelt als Selbsthilfeprojekt mit einem Beschäftigungs- und Ausbildungsprogramm für arbeitslose Jugendliche mit dem Ziel der sozialen Integration.

**V**or der Vereinigung waren zahlreiche Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche vorhanden, konnten aber oftmals nicht kreativ und eigenständig genutzt werden. Die FDJ sorgte für den gewünschten ideologisch-politischen Hintergrund. In der Wendezeit gab es einen großen Aufschwung selbstbestimmter Initiativen, von denen zwischenzeitlich die meisten nicht mehr existieren. Soweit kommerzielle Angebote entstanden sind, sind sie für Jugendliche oft unbezahlbar. **Jugendfreizeiteinrichtungen**, besonders im ländlichen Raum, kommt darum eine wichtige Funktion bei der Gestaltung des Lebens junger Menschen zu. Gemeinsame Anstrengungen von Bund und Land sind deshalb dringend geboten, um Kommunen bei der Übernahme, Schaffung und Weiterführung von Jugendfreizeiteinrichtungen zu unterstützen.

Jugendklubs, Kinder- und Jugendbegegnungsstätten sind die Basis für eine an den Interessen der Jugendlichen ausgerichtete Jugendarbeit. Neben kommerziellen müssen auch alternative Treffs unter Einbeziehung der Jugendlichen auf- und ausgebaut werden. In den Kreisen und Kommunen sollten Kontakt- und Beratungsstellen eingerichtet werden, in denen sich die Jugendlichen über die Bildungs-, Ausbildungs- und Freizeitmöglichkeiten, über das aktuelle Kultur- und Sportangebot, Wohnungstauschmöglichkeiten und vieles andere mehr informieren können.

**I**n den Freizeittreffs ist es notwendig, sozialpädagogische Betreuung zu gewährleisten, um Jugendlichen in schwierigen Lebenssituationen helfen zu können. Eine präventive Sozialarbeit kann viel nachträgliche „Korrekturarbeit“ überflüssig machen. Eine quantitative und qualitative Intensivierung der vorbeugenden Sozialarbeit mit Jugendlichen ist aber nicht nur aus inhaltlichen Gründen nötig, sondern auch aus finanzieller Sicht für die Kommunen, Kreise und das Land sinnvoll. Viele Sozialarbeiter sind gegenwärtig noch auf ABM-Basis beschäftigt. Um ihre Arbeit zu verstetigen, ist ein Übergang in Dauerarbeitsplätze in geeigneter Form sicherzustellen. Die Landesregierung hat hierzu mit Hilfe des §249 AFG ein Programm auf den Weg gebracht. Die Verantwortung für die finanzielle und personelle Absicherung bestehender Jugendeinrichtungen liegt allerdings bei den Kreisen.

**D**em **Sport** im Kinder- und Jugendbereich kommt eine große Bedeutung zu. Für viele Jugendliche ist Sport ein wichtiger Bestandteil ihrer Freizeit. In Brandenburg gibt es gegenwärtig noch immer zu wenig Angebote für sportliche Freizeitbetätigungen. Deshalb ist es vorrangig, vorhandene Sportmöglichkeiten zu erhalten, aber auch neue zu erschließen. Eine wichtige Rolle im Jugendsport spielen die Vereine, die deshalb bei ihren vielfältigen Aktivitäten unsere Unterstützung erfahren müssen. Neben den Sportangeboten der Vereine unterstützen wir auch selbstgestaltete sportliche Aktivitäten von Jugendlichen.

**D**as Land Brandenburg wird die modellhafte Einrichtung von **Schutzhäusern** für mißhandelte und mißbrauchte Jugendliche unterstützen, die dort sozial- und familientherapeutische Hilfe erhalten können.

Um erfolgreich mit **sogenannten Randgruppen** arbeiten zu können, müssen noch mehr Sozialarbeiter (Streetworker) eingestellt werden. Diese arbeiten insbesondere mit Jugendlichen, die eine hohe Gewaltbereitschaft – oftmals in Verbindung mit rechtsextremen Orientierungen – zeigen. Die in der Diskussion befindlichen Konzepte von sogenannter „akzeptierender Jugendsozialarbeit“ bedürfen dabei einer kritischen Weiterentwicklung. Es muß ein Weg gefunden werden zwischen der notwendigen Akzeptanz jugendkultureller Ausdrucksformen und der unmißverständlichen Zurückweisung und erforderlichenfalls auch unumgänglichen Verfolgung krimineller, politisch und rassistisch motivierter Handlungen. Der vorschnellen Stigmatisierung und Ausgrenzung Jugendlicher als Rechte oder Nazis ist jedoch entschieden entgegenzutreten. Die sozialpädagogische Arbeit mit ihnen und die Zuwendung der Gesellschaft ist damit um so dringlicher. Es geht schließlich um unsere Kinder und Jugendlichen.

Die intensive pädagogische Arbeit mit sogenannten Randgruppen darf aber nicht dazu führen, daß die Mittel für die allgemeine Jugendarbeit zurückgefahren werden.

**D**ie **Jugendverfahren** müssen wesentlich beschleunigt werden. Zwischen Tat und Verurteilung darf nicht zuviel Zeit vergehen, um den notwendigen Zusammenhang im Bewußtsein der Täter und in der Gesellschaft nicht zu verlieren. Der Erziehungsgedanke im Jugendstrafrecht darf nicht aufgeweicht werden. Deshalb spricht sich die Brandenburger SPD gegen eine Verschärfung des Jugendstrafrechts aus. Für straffällig gewordene Jugendliche müssen stärker als bisher Integrationsangebote entwickelt werden, insbesondere im Ausbildungsbereich und auf dem Arbeitsmarkt.

Erfolgreiche Jugendpolitik ist eine Investition in die Zukunft Brandenburgs.



# ■ Sport

## ◆ Gesundheit, Lebensfreude und Leistung

**D**em Sport kommt angesichts der gesellschaftlichen Entwicklungen und Probleme eine wichtige **soziale Funktion** zu. Durch Sport können soziale Strukturen und Bindungen erhalten und geschaffen werden. Besondere Bedeutung hat der Sport für Kinder, Jugendliche, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung.

In den vergangenen 3 1/2 Jahren bestand das Ziel der SPD-Sportpolitik darin, die Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen sich neue Vereine entwickeln konnten, und darin, den Schaden infolge des Zusammenbruchs alter Organisationsformen im Sport zu begrenzen.



◆ Immer am Ball

**M**it dem **Sportförderungsgesetz** vom 25. November 1992 wurde eine vernünftige Grundlage für eine ausgewogene und bedarfsgerechte Sportförderung geschaffen. Insbesondere wurde festgeschrieben, daß 25 Prozent der Lotto-Toto-Einnahmen dem Sport zur Verfügung gestellt werden. Gemäß Brandenburger Landesverfassung Art. 35 ist Sport ein förderungswürdiger Teil des Lebens. Dies spiegelt sich auch darin wider, daß bei der Sportförderung eine ausgewogene Berücksichtigung der Bedürfnisse von Schülern, Studenten, Senioren und Menschen mit Behinderung angestrebt wurde.

Die Mitgliederzahl des organisierten Vereinssports hat sich im Land Brandenburg stabilisiert. Der **Sportverein** ist auf dem Wege, mehr als nur sportliche

Betätigung und Wettkampfsport zu sein. Er wird wieder zu einem geselligen Lebensbedürfnis.

- Diese Entwicklung wird die SPD in der nächsten Legislaturperiode vorrangig fördern. Besonderes Ziel ist die Förderung des Breitensports, ohne den Leistungssport zu vernachlässigen.
- Das Ehrenamt hat im Sport eine außerordentlich große Bedeutung. Diese Bedeutung wird noch zunehmen. Aus diesem Grunde wird die SPD das Ehrenamt weiterhin in die Sportförderung einbeziehen.
- Die SPD unterstützt mit ihrer Politik die Durchführung von Lehrgängen zum Vereinsmanagement, Kampfrichter- und Übungsleiterlehrgängen.
- Um die Bedeutung des Sports im Kinder- und Jugendalter hervorzuheben, wird vorgeschlagen, den Schulwettbewerb „Jugend trainiert für Olympia“ weiter auszubauen. Der Schulsport ist weiterzuentwickeln. Als Ziel wird angestrebt, mindestens drei Sportstunden in den Stundentafeln der allgemeinbildenden Schulen aufzunehmen. Mittelfristig wird das Ziel auch für die berufsbildenden Schulen angestrebt. Darüber hinaus sollen außerunterrichtliche Schulsportangebote und die Kooperation von Vereinen und Schulen weiterentwickelt werden.
- Die SPD wird sich dafür einsetzen, daß ausgesuchte repräsentative Sportveranstaltungen im Land Brandenburg Projektfördermittel erhalten können.
- Die Förderung der Olympia- und Landes-Leistungstützpunkte im Land Brandenburg wird unterstützt. Talentierte Jugendliche, auch Kinder und Jugendliche aus dem ländlichen Raum, müssen die Chance haben, ihr Talent im Leistungssport zu entfalten. Aus diesem Grund sind die vorhandenen Sportinternate zu erhalten.
- In den ostdeutschen Bundesländern hängt der Erhalt vieler Sportstätten vielfach von sofortigen Reparatur- und Sicherungsmaßnahmen ab. Daher ist es notwendig, ein zeitlich befristetes Sonderprogramm zur Erhaltung und Sanierung der Sportstätten aus Bundes-, Landes- und kommunalen Mitteln zu fördern. Schrittweise und mittelfristig ist die Sportstättenversorgung den westdeutschen Ländern anzugleichen. Um wenigstens den Grundbedarf an Sportstätten sicherzustellen, fordert die SPD Brandenburgs einen Goldenen Plan Ost. Schwerpunkt des Plans soll in der ersten Stufe die Sicherung des Bestandes und der Grundversorgung sein.

# Frauen in Brandenburg ohne Frauenförderung keine Gleichstellung

**R**echtlich sind Frauen und Männer weitgehend gleichgestellt – die Praxis aber hinkt der Theorie weit hinterher. Frauenpolitik ist nicht nur eine Frage von rechtlicher Gleichstellung, sie verlangt – solange in unserer Gesellschaft Frauen massiv benachteiligt sind – **aktive Förderung für Frauen** bis ihre tatsächliche Gleichstellung erreicht ist – in Ausbildung, im Beruf, in der Politik, in der Familie und vor allem in den Köpfen. Jede neue Chance für Frauen ist eine Chance für unser Land. Es ist notwendig, daß Frauen jede landespolitische Entscheidung aktiv mitgestalten.

Der wirtschaftliche Umbruch geht vor allem zu Lasten der Frauen. Während vor wenigen Jahren 90 Prozent der Frauen berufstätig waren, ist es heute nur noch die Hälfte. Fast zwei Drittel der Arbeitslosen sind Frauen. Im Durchschnitt ist das Einkommen von Frauen um 20 Prozent niedriger als das von Männern. Frauen haben eine geringere Chance einen Arbeitsplatz zu bekommen.

Dennoch:

- Frauen wollen sich **nicht aus dem Berufsleben verdrängen** lassen.
- Frauen wollen weiter **wirtschaftlich unabhängig** sein.
- Frauen wollen **Erwerbstätigkeit** und **Familie** vereinbaren.

Die SPD unterstützt mit allem Nachdruck den ungebrochenen Willen der Frauen in Brandenburg zur Erwerbstätigkeit!

Im Rahmen des Sofortprogrammes „Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“ werden **betriebliche Frauenförderpläne** ebenso unterstützt wie die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze für Mädchen. 1991 standen hierfür 2,25 Millionen DM zur Verfügung, seit 1992 sind dies jeweils 4,5 Millionen DM pro Jahr.

Von der Landesregierung werden 14 Regionalstellen „**Frauen und Arbeitsmarkt**“ gefördert, die vor Ort in Zusammenarbeit mit anderen arbeitsmarktpolitischen Institutionen zur Verbesserung der Erwerbschancen von Frauen beitragen.

Die unbefristete Beschäftigung von Frauen ab dem 45. Lebensjahr zu tariflichen Bedingungen wird durch einen Einstellungszuschuß gefördert. Für Modellprojekte zur Förderung von Frauen ab 50 Jahren stehen seit 1992 Fördermittel zur Verfügung.

Die Instrumente zur Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen sind vorhanden. Sie müssen stärker als bisher genutzt werden!

Im kulturellen und im Freizeitbereich muß auf dem Sektor der Jugendarbeit den Bedürfnissen von Mädchen stärker als bisher Rechnung getragen werden.

**T**rotz des hohen Anteils berufstätiger Frauen in der ehemaligen DDR und einer großen Anzahl von Frauen, die im öffentlichen Dienst waren und sind, sind Frauen auch im Land Brandenburg bei den höher dotierten Stellen deutlich unterrepräsentiert. Es ist verstärkt darauf hinzuwirken, daß Frauen in allen Bereichen, auch in den Entscheidungsgremien angemessen vertreten sind. Mit dem **Brandenburger Gleichstellungsgesetz** wollen wir für den Öffentlichen Dienst ein Signal setzen. Schließlich muß ein Anfang gemacht werden, mit der Chancengleichheit von Frauen und Männern Ernst zu machen:

Die SPD setzt sich ein für:

- Regelungen, die zu einer besonderen Berücksichtigung von Frauen bei Einstellungen und Beförderungen führen
- eine gleich hohe Anzahl von weiblichen und männlichen Auszubildenden soweit es möglich ist
- Frauenförderpläne
- flankierende Maßnahmen bei der Fortbildung, Teilzeitarbeit und Beurlaubungen aus Anlaß der Betreuung von Kindern.

Wir wollen erreichen, daß auch die Privatwirtschaft sich Frauenförderung zur Aufgabe macht. Durch das Gleichstellungsgesetz soll die Vergabe von staatlichen Aufträgen auch an betriebliche Frauenförderung gebunden werden.

Erwerbstätigkeit und Familie müssen miteinander vereinbar bleiben – für Frauen und Männer.

**O**hne entsprechende Rahmenbedingungen wie z.B. **Kindertagesstätten** und **Horte** ist das nur für wenige möglich. Die SPD setzt alle Kräfte daran, auch weiterhin ein bedarfsgerechtes und auf die Bedürfnisse von Familien zugeschnittenes Angebot an Kinderbetreuung zu gewährleisten. Deshalb wird entsprechend unserem Kita-Gesetz auch weiterhin jedem Kind in Brandenburg ein Platz in Krippe, Kindergarten oder Hort zu nach Einkommen gestaffelten Preisen zur Verfügung stehen, wenn die Eltern dies wünschen.

Im Land Brandenburg leben 70.000 **Alleinerziehende – fast ausschließlich Frauen**. Die SPD will Alleinerziehenden gleiche Chancen in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt ermöglichen. Alleinerziehende mit ihren Kindern sind eine Familie wie andere auch. Für sie sind aber die Rahmenbedingungen doppelt wichtig – Arbeitsplätze, Kindereinrichtungen und bezahlbare Wohnungen. Wir setzen uns ein für die finanzielle Unterstützung von Selbsthilfverbände und -gruppen.

Kinder bereichern unser aller Leben und sichern den Fortbestand unserer Gesellschaft, deshalb tritt die SPD für einen gerechten Familienlastenausgleich ein.

**A**rbeitslosigkeit und soziale Verunsicherung führen dazu, daß familiäre Konflikte immer häufiger gewalttätig ausgetragen werden. Die Opfer sind in aller Regel Frauen und Kinder. Um ihnen eine Chance zu geben, der Gewalt zu entkommen, bieten ihnen im Land Brandenburg **20 Frauenhäuser** eine Zuflucht und qualifizierte Beratung an. Das Land hat von 1991 bis 1994 dafür insgesamt 13 Mio. DM zur Verfügung gestellt.

**S**chwangere Frauen werden durch Beratungsangebote und soziale Hilfen unterstützt. Einkommensschwache Frauen sollen in Brandenburg auch weiterhin kostenlose Verhütungsmittel bekommen. Dafür wurden bisher 72 Millionen DM bereitgestellt. In Brandenburg darf keine Frau, die sich für den Abbruch einer Schwangerschaft entscheidet, gezwungen sein, ohne ärztliche Hilfe abzutreiben. Für einkommensschwache Frauen müssen die Kosten erstattet werden. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Neuregelung des § 218 läßt leider nur sehr wenig Spielraum. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, insbesondere zur Regelung der Kostenübernahme bei einem Schwangerschaftsabbruch. Die SPD fordert ein Leistungsgesetz des Bundes, das den einkommensschwachen Frauen den Gang zum Sozialamt erspart.

**D**ie SPD will Chancengleichheit von Frauen und Männern auch in der Politik. Frauenpolitische Ziele sind dann am besten zu verwirklichen, wenn Frauen gleichberechtigten Einfluß auf politische Entscheidungen haben. Wir wollen mehr Frauen im Landtag und natürlich auch in Regierung und Verwaltung.

Wir wollen weiter **aktive Gleichstellungsbeauftragte** in den Kommunen und **ein starkes Frauenministerium!**

## Kein Selbstzweck: Staat und Verwaltung den Bürgern Brandenburgs zu Diensten

Verwaltung ist kein Selbstzweck, sondern muß sich an den Erfordernissen einer offenen und demokratischen Gesellschaft orientieren. Die Verwaltung und ihre Beschäftigten leisten Dienste für den Staat und für die Menschen. Die nach der Wende erfolgte **Demokratisierung** der öffentlichen Verwaltung in Ostdeutschland ist in Brandenburg mit der Umsetzung der Landkreis- und Gemeindeordnung im wesentlichen abgeschlossen. Mit der Kreisgebietsreform und der Ämterbildung entstehen in den Kreisen und Gemeinden leistungsfähige Verwaltungen.

Mit der **Funktionalreform** wollen wir erreichen, daß die Aufgaben dort erledigt werden, wo sie entstehen. Deshalb wird eine deutliche Aufgabenverlagerung auf die kommunale Ebene angestrebt. Diese Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung entspricht den Zielen der Verfassung des Landes Brandenburg. Bei der Aufgabenverlagerung muß die Finanzierung zur Erledigung der Aufgaben gesichert werden.

Bürgernähe ist Problemnähe. Es geht darum, die gesamte interne Verwaltungsorganisation einer umfassenden Überprüfung zu unterziehen. Der interne Verwaltungsaufbau muß vereinfacht werden, überflüssige, über mehrere Ebenen verteilte Genehmigungsverfahren oder Doppelzuständigkeiten sind aufzuheben. Entscheidungsbefugnisse müssen mehr auf untere Ebenen in die Nähe der Bürger verlagert werden. Am Ende dieser Entwicklung sollen moderne Verwaltungsstrukturen stehen, die einerseits dem Anspruch der Bürgernähe gerecht werden, die andererseits aber auch Wirtschaftlichkeitskriterien standhalten.

Bürgerfreundlichkeit wird wesentlich bestimmt durch:

- gut ausgebildetes Personal
- vereinfachte Rechtsgrundlagen, verkürzte Instanzenwege
- einfaches und verständliches Antrags- und Formularwesen
- kurze Bearbeitungszeiten.

Die Verwaltung muß sich in Zukunft in ihrem Selbstverständnis und in ihrer inneren Organisationsstruktur stärker an **modernen Dienstleistungsunternehmen** orientieren. Bürger- und Kundenorientierung, neue Management- und Steuerungsmodelle und die Flexibilisierung des Budgetrechts sind nur einige Stichpunkte.

Das Land Brandenburg kann eine Vorreiterrolle bei der Einführung moderner Verwaltungsstrukturen übernehmen. Im Rahmen von **Modellversuchen** sollten ausgewählte Kommunen und Landesbehörden neue Spielräume ausloten, um Erfahrungen für weitere Reformen zu sammeln.

Hinsichtlich ihrer **Finanzausstattung** brauchen die Kommunen **Planungssicherheit**:

- Festschreibung eines Mindestsatzes für die Schlüsselzuweisung für die nächsten fünf Jahre.
- Grundlegende Veränderungen der Ausreichung von Fördermitteln durch
  - a) einfache und überschaubare Förderbedingungen
  - b) erhöhte Ausreichung von Fördergeldern in Form von Schlüsselzuweisungen oder pauschalen Zweckzuweisungen.
- Keine Leistungsgesetze, die zu einer einseitigen finanziellen Belastung der Kommunen führen.
- Mehr Freiheit der Kommunen bei der sozial verträglichen Gestaltung ihrer Eigeneinnahmen.

Die Steigerung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Sektors hängt entscheidend von qualifiziertem und motiviertem Personal ab. Die derzeitige Stellenstruktur wird sich auf der Grundlage von Aus- und Fortbildung erheblich verändern. Der notwendige Personalumbau muß in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften sozial verträglich gestaltet werden. Moderne Konzepte der Personalentwicklung und des Personalmanagements sind anzuwenden.

**B**ürgerentscheid und Bürgerbegehren geben den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land die Möglichkeit, ihre Auffassung in die Entscheidungsfindung einfließen zu lassen. Der Bürgerbeteiligung wollen wir in Zukunft mehr Aufmerksamkeit widmen.

# **Ausländer und Deutsche**

## **■ Fremde und Heimat – nicht nur ein deutsches Thema**

**T**oleranz ist ein Wesensmerkmal unserer Brandenburger Geschichte, das wir auch in Zukunft bewahren wollen. Toleranz ist dort in Gefahr, wo wir nicht mehr nach den wirklichen Ursachen für die Flucht und die Wanderung von Millionen von Menschen fragen.

Es besteht die Gefahr, daß Hunger, Armut, Kriege und Diktaturen die Wanderungsbewegungen aus Osteuropa und der Dritten Welt nach Westeuropa in den nächsten Jahren noch verstärken.

Diese Fluchtbewegungen lassen sich nur verhindern und eindämmen, wenn ihre Ursachen vor Ort beseitigt werden. Die Bekämpfung des Hungers, der Armut, von Krankheiten und von Kriegsfolgen sowie die Verwirklichung der Menschenrechte sind entscheidende Beiträge zur Verringerung des Migrationsdruckes. Das Land Brandenburg muß an diesem Prozeß verantwortungsvoll mitwirken.

**E**s wird auch in Zukunft Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland geben. Über den Bundesrat werden wir uns für ein Zuwanderungsrecht einsetzen. Diese Zuwanderung – einschließlich der Aussiedler – wollen wir auf eine Zahl begrenzen, die an den Bedürfnissen und der Integrationskraft der Bundesrepublik orientiert ist. So kann das Asylverfahren entlastet und die illegale Zuwanderung reduziert werden. Für Bürgerkriegsflüchtlinge streben wir ein befristetes Bleiberecht außerhalb von Asyl- und Zuwanderungsregelungen an.

Das Asylrecht ist ein unverzichtbares Grundrecht. Jeder Mensch, der aus politischen Gründen verfolgt wird, muß in Deutschland Asyl erhalten können. Unser Ziel ist ein **europäisches Asylrecht**.

**W**er das mit dumpfen Vorurteilen aufgeladene Stammtischgerede gegen alles Fremde salonfähig macht, der setzt nicht nur das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland - eine unerläßliche Voraussetzung für unsere auf Handel und Export angewiesene Wirtschaft - aufs Spiel, sondern der geht auch fahrlässig mit den demokratischen Grundlagen unserer Gesellschaft um. Aus den gleichen Gründen verbietet es sich, wegen eines kurzfristigen parteipolitischen Vorteils fremdenfeindliche Stimmung zu schüren. Dies ist kein Spiel mit dem Feuer, hier handelt der Biedermann als Brandstifter.

Die Brandenburger SPD wird sich darum offensiv gegen rechtsextremistische und rassistische Positionen wehren und für eine Integration der bei uns dauerhaft lebenden Ausländer einsetzen. Auch in Zukunft wird es darum in Brandenburg



eine Ausländerbeauftragte geben, die darüber in unserem Bundesland wachen soll. Eine besondere Aufgabe beim Werben für Toleranz und Verständnis zwischen Deutschen und Ausländern hat die Schule, die Jugend- und Kulturarbeit. Das Land Brandenburg wird darum auch in Zukunft alle Projekte und Bestrebungen materiell und ideell unterstützen, die sich dieser Aufgabe annehmen.

Es gibt keine Entschuldigung für Antisemitismus, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Diskriminierung jedweder Minderheiten, z.B. von Behinderten, religiösen und sexuellen Minderheiten. Der Rechtsstaat muß auch in Zukunft mit entschlossener Härte Gefahren abwehren und solchermaßen motivierte Straftaten konsequent verfolgen (z.B. durch die Sonderkommission Rechtsextreme Gewalt, Soko ReGa).

**D**eshalb: Die SPD im Land Brandenburg steht für **Toleranz und Weltoffenheit**, für ein friedliches Miteinander der verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Weltanschauungen in einer demokratisch verfaßten Gesellschaft.

Brandenburg bleibt tolerant.



◆ **miteinander leben**

# **Kulturelles Leben** **Identität in der Vielfalt fördern**

**K**ultur bestimmt maßgeblich die Lebensqualität einer Stadt, einer Region und eines Landes. Sie ist wesentlicher Bestandteil des gesellschaftlichen Miteinanders. In der gegenwärtigen Umbruchsituation muß deshalb gerade der Kultur besondere Aufmerksamkeit zuteil werden, denn sie trägt dazu bei, den Menschen Halt und Orientierung zu geben.

Bisher konnte die **kulturelle Infrastruktur** im Land Brandenburg mit Hilfe der Sonderprogramme des Bundes und vor allem durch die Maßnahmen des Landes erhalten werden. Dies gilt für die Theater, Orchester, Museen und besonders für die Musikschulen, die zum Teil sogar an Zahl zugenommen bzw. ihre Kapazität ausgedehnt haben. Mit dem Ende der Übergangsfinanzierung, das der Bund in verantwortungsloser Weise den neuen Ländern aufgezwungen hat, droht vielen Einrichtungen und Kulturinitiativen das finanzielle „Aus“.

Die SPD im Land Brandenburg setzt sich ein für:

- kontinuierliche Steigerung des prozentualen Anteils des Kulturbereiches von derzeit 1% am Landeshaushalt
- Einrichtung eines Sonderförderprogramms Kultur durch den Bund für die Bundesländer mit Grenzen zu Osteuropa (Brückenfunktion des Landes nach Mittel- und Osteuropa)
- Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes zur Entwicklung aller kulturellen Bereiche unter Beteiligung der Kommunen und Kulturverbände sowie Kultureinrichtungen.

**G**emäß Artikel 2 Absatz 1 der Landesverfassung ist das Land Brandenburg ein der „Kultur verpflichtetes Land“, in dem sich auch Kreise und Kommunen ihrer kulturellen Verantwortung stellen müssen. Nach der Kreisneugliederung ist die **Verantwortung für die Kulturerhaltung** noch gewachsen. Die Sicherung und Entwicklung der kulturellen Infrastruktur sowie die Förderung innovativer Projekte stehen dabei im Vordergrund. Die Kreisgebietsreform hat territorial große Verwaltungseinheiten geschaffen, die nur noch zum Teil historisch gewachsenen Kulturlandschaften entsprechen. Deshalb gilt es, lokale Traditionen zu bewahren. Nur wenn Kultur fester Bestandteil regionaler Strukturförderung wird, kann Identität in den neuen Kreisen entstehen.

Die **kulturelle Bildung** muß entwickelt und gesichert werden, denn sie gehört

zu den unerläßlichen Voraussetzungen für die Persönlichkeitsentwicklung und die soziale Integrationsfähigkeit Jugendlicher und Erwachsener. Aus diesem Grunde sind Einrichtungen wie Musik- und Kunstschulen, Museen, Schultheater oder kommunale und regionale Kulturzentren zu fördern und auszubauen.

**K**ultur ist ein **aktiver Wirtschaftsfaktor**, vor allem bei der Fage nach dem Standort neu anzusiedelnder Unternehmen, beim Tourismus oder der Sicherung von Arbeitsplätzen. So gesehen ist Kulturförderung direkte Wirtschafts- und Arbeitsplatzförderung. Gemäß einer landesweiten Standortplanung sind kommerzielle und nichtkommerzielle Institutionen wie Galerien und Verlage sowie andere unternehmerische Initiativen zu unterstützen.



■ **Kloster Chorin**

**D**enkmal und Bodendenkmale sind Zeugnis brandenburgischer Geschichte. Sie stiften kulturelle und soziale Identität und garantieren den Erhalt der einzigartigen Kulturlandschaft des Landes Brandenburg. Durch die mittlerweile abgeschlossene exakte Ermittlung des Grundbestandes hat die Zahl der erfaßten Denkmale im Lande Brandenburg erheblich zugenommen. Der Personalbestand ist unverändert gleich. Oftmals konnten durch die knappen finanziellen Mittel lediglich dringend erforderliche Sicherungsarbeiten vorgenommen werden. Die Kreise und Kommunen müssen gemäß Denkmalschutzgesetz ihren Aufgaben konsequent nachkommen, um vermeidbaren investitions-hemmenden Wirkungen zu begegnen.

Die SPD im Land Brandenburg setzt sich dafür ein, daß die **Museen** erhalten und sinnvoll weiterentwickelt werden. Der Bund wird aufgefordert, sich seiner nationalen und internationalen Verantwortung entsprechend an der Finanzierung der „Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten“ dauerhaft zu beteiligen. Die gemeinsame „Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin/Brandenburg“ findet die nachhaltige Unterstützung der SPD im Land Brandenburg.

**D**ie SPD im Land Brandenburg unterstützt die Initiative der Landesregierung, ein Modell für ein kombiniertes **Literaturhaus mit Literaturbüro** zu entwickeln. Dies ist eine nicht nur für das Land Brandenburg einmalige kulturelle Innovation. Eine umfassende Bibliotheksversorgung für das Land Brandenburg ist anzustreben. Die Versorgung ländlicher Gemeinden ist durch Fahrbibliotheken zu gewährleisten.

**B**abelsberg mit den ehemaligen DEFA-Filmstudios ist zu einem leistungsfähigen **Medienzentrum** weiterzuentwickeln. Dies betrifft vor allem die Produktionsstätten, das Filmmuseum Potsdam, den Ostdeutschen Rundfunk, das Film-Erlebniszentrum und die Hochschule für Film und Fernsehen. Babelsberg ist als Produktionsstandort mit seinen mittelständischen Unternehmen stärker als bisher in die Filmförderung der Region Brandenburg-Berlin einzubeziehen.

Die Förderung der brandenburgischen **Theater**, Kabarets, Puppen- und Jugendtheater ist ebenso wie die Unterstützung des Musiklebens mit Musikschulen, Orchestern und Chören – gerade auch bei weiteren Umstrukturierungen – ein wichtiges Anliegen sozialdemokratischer Kulturpolitik. Das bisherige finanzielle Engagement des Landes soll aufrechterhalten werden.

**D**ie **öffentliche Kulturfinanzierung** ist weiterzuentwickeln. Die Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzips muß gewährleistet sein, ohne die Lasten einseitig auf die Kommunen abzuwälzen und ihnen damit die von der Verfassung eingeräumte Gestaltungskompetenz zu entziehen. Freie Träger dürfen dabei nicht benachteiligt werden. Privates Engagement in der Förderung von Kunst und Kultur muß eingefordert, aber auch gefördert und belohnt werden, z.B. durch weitergehende steuerliche Vergünstigungen. Mittel der Bundesanstalt für Arbeit müssen in größerem Umfang als bisher zur Förderung kultureller Projekte und übergangsweise zur Sicherung der Arbeitsfähigkeit kultureller Einrichtungen zur Verfügung stehen.

# Brandenburg und Berlin gemeinsam ins nächste Jahrtausend

**B**randenburg und Berlin bilden eine Region, **einen Lebens- und Wirtschaftsraum** für künftig mehr als 6 Millionen Menschen. Im gesamteuropäischen Rahmen erhält diese Region eine Drehscheiben- und Brückenfunktion, insbesondere mit Blick auf Osteuropa. Die Region Brandenburg/Berlin wird erhebliche Investitionen und Zuwanderungen erfahren, die ihre Struktur, Verflechtungen und Raumnutzung verändern. Um Verdrängungen und Zersiedlung zu verhindern, sind entsprechende Rahmensetzungen und eine ökonomische, ökologische und soziale Gestaltung der Region notwendig. Es bedarf einer abgestimmten gemeinsamen Landesentwicklungsplanung. Notwendig ist ebenso eine enge Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kulturpolitik, des Tourismus und in der Arbeitsmarktpolitik.

In einem gemeinsamen Bundesland können Gewerbeansiedlung, Verkehrs-, Ver- und Entsorgungsstruktur, Wasserwirtschaft und Naturschutz planerisch und verwaltungstechnisch besser entwickelt werden. Eine koordinierte zielgerichtete Ansiedlungssteuerung könnte ein gegenseitiges Auspielen von Brandenburg und Berlin durch die Unternehmen verhindern. Dringend notwendig ist eine gemeinsame Energiepolitik. In der Energieversorgung der Bundeshauptstadt Berlin muß die Lausitzer Braunkohle einen hohen Stellenwert erhalten. Dabei geht es um Strom aus den Kraftwerken der Lausitz und Wärme aus Braunkohlestaub vor Ort in Berlin.

Brandenburg mit Berlin ist in Europa eine Region, die wettbewerbsfähiger wird. In der föderalen Bundesrepublik und im Europa der Regionen hat Brandenburg mit Berlin ein größeres Gewicht. Die Verlagerung des Regierungssitzes von Bonn nach Berlin wird die Bedeutung der Region weiter vergrößern.

**E**ine bereits während der Übergangszeit erforderliche gemeinsame Regionalplanung als Bindeglied zwischen Landes- und Kommunalplanung soll den Neuzuschnitt der Planungsregionen außerhalb Berlins und deren Verknüpfung mit Berlin prüfen; der Kern des raumordnerischen Leitbildes der dezentralen Konzentration muß in den Neugliederungsvertrag aufgenommen werden.

Das **Leitbild der dezentralen Konzentration** kann in einem gemeinsamen Land mit Berlin sinnvoll verwirklicht werden. Ein Leitbild, nach dem eben Konzentration nicht nur in Berlin, sondern auch in Städten in einer gewissen Entfernung zu Berlin erfolgt. Wir brauchen eine Entwicklung in allen Teilen des Landes, sowohl in den ländlichen Räumen, in den Städten und im Umland von Berlin. Unser Ziel ist die Gleichwertigkeit der Lebenschancen. Der ländliche

Raum darf nicht zum „Hinterhof“ werden. Dem Programm der integrierten ländlichen Entwicklung (ILE) kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

Wir vertreten auch die Interessen Brandenburgs in weiter entfernten Landesteilen. Dabei wollen wir sachlich, ohne Emotionen zu schüren, über das Für und Wider eines gemeinsamen Landes Brandenburg mit Berlin informieren. Die Ängste der Menschen werden von uns ernst genommen. Am Ende eines umfassenden Informationsprozesses sollten sachkundige Bürgerinnen und Bürger ihr Votum über eine Vereinigung von Brandenburg und Berlin abgeben.

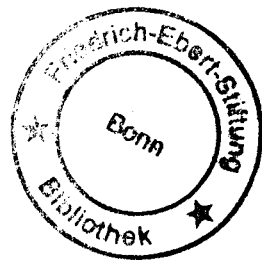
Die erheblichen finanzpolitischen Risiken eines gemeinsamen Bundeslandes Brandenburg mit Berlin erfordern weitere Prüfungen und Verhandlungen. Die berechtigten Interessen Brandenburgs müssen hierbei gewahrt werden.

Der Sitz der Landesregierung von Brandenburg mit Berlin muß Potsdam sein. Bei der Verteilung der Landesbehörden müssen alle Regionen Brandenburgs Berücksichtigung finden. Dies gilt ebenso bei Einrichtungen und Behörden des Bundes und der EU.

Durch die größere Bevölkerungszahl werden die Berlinerinnen und Berliner in einem gemeinsamen Landesparlament in der Mehrheit sein. Der Gefahr einer Berliner Dominanz ist durch die Prüfung parlamentarischer Möglichkeiten (Zweidrittelmehrheiten in bestimmten Fragen, zwei Regionalkammern) entgegenzuwirken.

**D**ie SPD wird einem gemeinsamen Bundesland Brandenburg mit Berlin nur zustimmen, wenn die wichtigen Interessen Brandenburgs und der Brandenburger gewahrt sind. Die Wählerinnen und Wähler werden in **Volkentscheiden** in beiden Ländern über die Bildung eines gemeinsamen Bundeslandes das letzte Wort haben.

Die Bildung eines gemeinsamen Bundeslandes Brandenburg mit Berlin könnte dann am Ende der nächsten Legislaturperiode erfolgen.





## Stichwortverzeichnis

- Abfalldeponierung, 32  
Abfallwirtschaft, 31  
Absatzförderung, 10, 20  
Abwasser, 30  
Agrarpolitik, 19  
Alleen, 36  
Alleinerziehende, 15, 41, 45, 59  
Alltagskriminalität, 26  
Altenpflegeheime, 42  
Angler, 20  
Ansiedlungspolitik, 9, 67  
Antisemitismus, 26, 63  
Arbeit statt Sozialhilfe, 14  
Arbeitsförderung, 8, 13, 14, 15  
Arbeitsmarktpolitik, 4, 7, 9, 13, 14, 67  
Arbeitsplätze, 4, 7, 9, 11, 12, 14, 15, 16, 20, 29, 42, 43, 59, 65,  
Arbeitschutz, 15,  
Arbeitszeitpolitik, 13  
Asylrecht, 62  
Atomkraftwerke, 31  
Auftragswesen, öffentliches, 9  
Ausbildungsformen, integrative, 52  
Ausgleichsabgabe, 43  
Ausländerbeauftragte, 26, 63  
Ausländerfeindlichkeit, 63  
ältere Arbeitnehmer, 15
- Behinderte, 42, 49, 63  
behinderte Schüler, 46  
Benachteiligungsverbot, 43  
Bereitschaftspolizei, 27  
Bergbaufolgelandschaften, 29, 34  
Berlin, 5, 7, 12, 33, 35, 36, 66, 67, 68  
Berufsausbildung, 47  
Beschäftigungsprogramm, 12  
Betriebskosten, 22  
Bildungspolitik, 46  
Bodenpolitik, 18, 21  
Brandenburger Weg, 16, 17  
Braunkohle, 12, 19, 31, 67
- Bürgerentscheid, 61
- chronisch Kranke, 44
- Denkmale, 65  
dezentrale Konzentration, 17, 67  
Dienstleistungen, 8, 10, 20  
Dorferneuerung, 16, 24  
Dorfleben, 16, 20, 24
- Eigenbedarfskündigung, 23  
Eigenkapital, 8, 19  
Elternrecht, 48  
Energie, 10, 12  
Energiepolitik, 31, 67  
Entsorgung, 32, 67  
Erstausbildung, 15  
Europäische Union, EU, 8, 12, 18, 19, 68  
Existenzgründung, 8, 20  
Export, 8, 10, 12, 62  
extremistische Straftaten, 26
- Fachhochschulen, 38  
Familie, 21, 44, 45, 54, 57, 58, 59  
Finanzausstattung der Kommunen, 61  
Fischerei, 19, 20  
Flächenstilllegung, 17  
Flughafen, 37  
Forschung, 9, 10, 33, 34, 38, 40  
Forstpolitik, 19  
Fortbildung, 50, 52, 58, 61  
Frauen, 14, 15, 27, 57, 59  
Frauenförderpläne, 57, 58  
Frauenhäuser, 59  
Frauenministerium, 59  
Freie Träger der Jugendarbeit, 26  
fremdenfeindliche Straftaten, 26  
Funktionalreform, 60
- Genossenschaften, 8, 23  
Gesamtschule, 48



Gesundheitspolitik, 44  
 Gesundheitszentren, 44  
 Gewalt, 26, 27  
 Gewerbe- und Handwerkerzentren, 9  
 Gleichstellungsbeauftragte, 59  
 Gleichstellungsgesetz, 58  
 Grundgesetz, 43  
 Grundschule, 47  
 GUS-Streitkräfte, Flächen der, 25  
 Güterverteilzentren, 37  
 Gymnasium, 48  
  
 Handel, 13, 20, 62  
 Handwerkergewerbebehöfe, 9  
 Hausmüll, 32  
 Hochschulen, 10, 12, 38, 40, 50, 66  
 Hochschulrahmengesetz, 40  
 Horte, 45, 58  
  
 industrielle Kerne, 8  
 Infrastrukturpolitik, 7, 9, 10  
 Innere Sicherheit, 6, 26  
 Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE),  
 16, 68  
 integrierte Standortentwicklung, 9  
 Investitionsvorrangregelung, 10  
  
 Jugendarbeit, 26, 53, 54, 63  
 Jugendfreizeiteinrichtungen, 53  
 Jugendliche, 14, 15, 27, 46, 48, 49, 52,  
 53, 54, 56, 65  
 Jugendstrafrecht, 28  
 Jugendverfahren, 54  
 Justiz, 26, 28  
  
 Kinder, 16, 26, 27, 43, 45, 46, 47, 53,  
 56, 58, 59  
 Kinder, behinderte, 49  
 Kindertagesstätten (Kita), 43, 45, 51, 58  
 Klein- und Mittelbetriebe, 8, 9, 10, 20  
 Kommunikation, 10  
 Kriminalität, 4, 26, 33  
 Kultur, 64, 67  
  
 Kulturarbeit, 63  
 Kulturlandschaft, 19  
 Kündigungsschutz für Mieter, 23  
  
 Landesentwicklungsplanung, 67  
 ländlicher Raum, 16, 46, 67  
 Landschaftspflege, 17  
 Landschaftspflegeverbände, 17  
 Landschaftsplanung, 34  
 Landwirtschaft, 16, 17, 19  
 Langzeitarbeitslosigkeit, 14  
 Lehrerausbildung, 50  
 Liegenschaften, 9, 18, 21, 23, 24, 33  
 Liquiditätshilfeprogramm, 9  
 Literatur, 66  
 Luxusmodernisierung, 23  
  
 Management, 8, 60  
 Medien, Gewalt in, 27  
 Medienzentrum Babelsberg, 66  
 Mieten, 22  
 Mieterschutz, 23  
 Mietpreisbindung, 21  
 Mindestsicherung, 41  
 Modellversuche im Verwaltungsbereich, 61  
 Modernisierungsumlage, 22  
 Museen, 66  
  
 nachwachsende Rohstoffe, 17  
 Nahrungsmittelproduktion, 17  
 Naturschutz, 19, 29, 33, 34, 67  
 Neuvermietung, 22  
  
 Oberstufenzentren, 47, 48  
 offene Vermögensfragen, 24  
 Opferschutz, 27  
 Organisiertes Verbrechen, 26  
 ostdeutsche Produkte, 10, 12  
 Osthandel, 12  
  
 Öffentlicher Personennahverkehr, 16, 20,  
 35, 36  
 ökologische Altlasten, 6, 12

ökologische Erneuerung, 30

Pflegeversicherung, 42

Pilotprojekte, 10

politische Bildung, 26, 52

Polizei, 26, 27

Präventivbeiräte, 26

Preußenvermögen, 18

Privatisierung, 24

Privatvermieterprogramm, 11

Psychiatrie, 44

Qualifizierung, 13

Radwegebau, 36

Randgruppen, 54

Rassismus, 63

Re-Industrialisierungsprogramm, 8

Rechtsbewußtsein, 28

Rechtsstaat, 27, 63

Recycling, 33

Reformen, 5, 17, 61

Regionalbahn Brandenburg, 10, 36

Restitution, 18

Rückübertragungsansprüche, 23

Sanierung, 24

Schadstoffeinträge, 30

Schule, 16, 26, 46, 47, 48, 49, 63

Schutzhäuser für Jugendliche, 54

Schwangere Frauen, 59

Schwerbehinderte, 15, 43

Schwerst-Kriminalität, 27

Sekundarstufe I, 48

Sekundarstufe II, 47, 48

Senioren, 26, 35, 41, 55

Sicherheitspartnerschaft, 26

Siedlungskauf, 19

soziale Grundlagen, 27

sozialer Mietwohnungsbau, 21

Sozialpolitik, 4, 41

Spezialeinheiten der Polizei, 27

Sport, 53, 55

Sportvereine, 55

Stadterneuerung, 24, 25

Standortpolitik, 5, 9, 15, 32, 38

Stichtagsregelung, 23

Stoffkreisläufe, geschlossene, 32

Straßenbau, 35, 36

Straßenverkehr, 26, 35

Strukturpolitik, 8, 13

strukturschwache Regionen, 10

Studierende, 40

Täter-Opfer-Ausgleich, 28

Technologie- und Innovationszentren (RITZ), 10

Technologieförderung, 38

Technologieinitiative Brandenburg, 10

Teilzeitarbeit, 15, 58

Theater, 66

Tierproduktion, 17

Tierschutz, 19

Toleranz, 5, 63

Tourismus, 11, 20, 65, 67

Trinkwasser, 30

Umweltforschung, 12

Umweltsanierung, 10

Umweltschutz, 12, 19, 34

Umwelttechnologien, 12

Umweltverbände, 34

Universitäten, 38

Verbrechensbekämpfung, 26

verfassungswidrige Organisationen, 28

Vergleichsmieten, 22

Verkehr, 10, 35, 67

Verkehrssicherheit, 10, 26

Vermarktung, 8

Verpachtung, 19

Verwaltung, 60

Volksentscheid, 68

Volkshochschulen, 50

Volksverhetzung, 28

Vollbeschäftigung, 15

Vollzugsdienst, 27

Wald, 19

Wasser, 30, 67

Wasserwege, 37

wasserwirtschaftliches Programm, 30

Weiterbildung, 9, 11, 50

Wiederaufforstung, 19

Wiedereinrichter, 18

Wirtschaft auf dem Lande, 17

wirtschaftliches Eigenpotential, 8

Wirtschaftskriminalität, 26

Wirtschaftspolitik, 5, 7, 9

Wissenschaft, 38

Wohneigentum, 21, 23

Wohnen, 42, 45, 52

Wohngeldgesetz, 22

Wohnraum, frei finanzierter, 22

Wohnraum, Privatisierung von, 23

Wohnumfeld, 25

Wohnungsbau, 6, 10, 21

Wohnungsbaugenossenschaften, 21

Wohnungsbestand, 23

Zuwanderungsregelung, 62

Zweckverbände, 30



**SPD-Landesverband  
Brandenburg**

